Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,30 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 4. März 1926 — Nummer 53

Das Zentrum in der Front der Fürstenknechte

Die Zentrumsfraktion des Reichstags erläßt einen Aufruf, in dem sie die Zentrumswähler auffordert, das Volksbegehren auf Herbeiführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten aber zu unterstützen, weil er dem „sittlichen" Volksempfinden nicht entspräche. Das Zentrum verlangt ein Sondergericht, das die Abfindungsfrage regelt. „Nur ein auf solcher Grundlage ruhendes Gesetz kann," so erklärt die Zentrumsfraktion, „der Sachlage und der Würde des deutschen Volkes entsprechen," und fordert die Zentrumswähler auf, sich keinesfalls in die Listen eintragen zu lassen, da der Volksentscheid gegen die Verfassung verstoße.

Der „Vorwärts" polemisiert in seiner gestrigen Abendausgabe sehr schwach gegen diesen Aufruf und meint, daß die Zentrumspartei nicht die Verpflichtungen einer wahrhaften Volkspartei erfülle. Von der demokratischen Presse erklärt das „Berliner Tageblatt", „daß es den Aufruf deshalb bedauere, weil er die Verhandlungen über eine bessere Lösung in der Abfindungsfrage störe. Es meint, das Zentrum hätte das Ergebnis der im Gange befindlichen Verhandlungen nach abwarten müssen und erklärt, daß die Haltung der Parteien links vom Zentrum in keiner Weise durch den Aufruf beeinflußt werde." Die deutschnationalen Blätter stimmen selbstverständlich zustimmend die Auslassung der Zentrumsleute und bereiten ihre Sabotagetätigkeit zielbewußt vor. In allen Blättern wird zur Nichteintragung aufgefordert. Das Organ des Alldeutschen Verbandes, die „Deutsche Zeitung", versucht, ängstliche Kleinbürger durch Terrordrohungen einzuschüchtern, indem es schreibt, die Einzeichnung in die Listen sei ein öffentliches An-den-Pranger-stellen der Namen.

Der „Dresdner Anzeiger" veröffentlicht heute morgen Ausführungen der Deutschen Volkspartei Ostsachsens, in denen erklärt wird, „daß die Parteien, die die Fürstenenteignung anstreben, sich mehr oder weniger zu dem Grundsatz bekennen: **„Eigentum ist Diebstahl."** Damit versucht die Volkspartei und ihr Sprachrohr, der „Dresdner Anzeiger", die Kleinbürger und die enttäuschten und entrüsteten Kleinrentner und durch Inflation geschädigten Besitzer von Kriegsanleihen von der Einzeichnung zum Volksbegehren abzuhalten. An einer anderen Stelle wird in dieser Veröffentlichung darauf hingewiesen, „daß die Enteignung derjenigen Vermögensteile der Fürsten, die unzweifelhaft ihr Privateigentum seien, die Bahn freimachen würde für jede andere Enteignung der Vermögen deutscher Staatsbürger." Die Volkspartei stößt am Schluß den Warnungsruf aus, daß die gesamte nichtsozialistische Bevölkerung durch Nichtbeteiligung am Volksbegehren dem „Recht" Geltung verschaffen helfen solle.

Demokraten für Volksentscheid

Der Landesverband Hessen der Demokratischen Partei hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Der Landesverband betrachtet die bis jetzt in der Fürstenabfindung gefundene Kompromißlösung nicht für ausreichend. Falls es nicht gelingt, die Grundsätze für die Abfindung im Sinne eines Ausgleichs an die vom Reich den Kriegsanleihezeichnern gewährte Entschädigung zu verbessern und bei der Durchführung des Sondergerichts nicht die juristischen, sondern die staatspolitischen Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen, wird sich der Landesverband Hessen mangels einer befriedigenden Lösung für den Volksentscheid auf entschädigungslose Enteignung einsetzen. Sobald erkennbar ist, daß der Reichstag eine Lösung im Sinne dieser Resolution nicht findet, werden unsere Parteifreunde aufgefordert, sich in die offenen Listen für das Volksbegehren einzuzeichnen."

Auch der Jungdemokratische Verband Bayerns beschloß ebenfalls, sich für Volksbegehren und Volksentscheid einzusetzen, falls der ursprüngliche demokratische Gesetzentwurf bei den Verhandlungen der Koalitionsparteien nicht die nötige Berücksichtigung finde.

Wie die „Vossische Zeitung" heute morgen weiter berichtet, hat der demokratische Verein Wedding die demokratische Parteileitung aufgefordert, einen Aufruf an alle demokratischen Wähler zu erlassen, damit sie sich geschlossen an dem Volksbegehren beteiligen.

Beschleunigte Kompromißlösung gefordert

Die „Vossische Zeitung" berichtet heute morgen, daß die zwischenparteilichen Verhandlungen über die Frage der Fürstenabfindung durch den Kompromißentwurf unter Beteiligung der Reichsregierung noch in dieser Woche zu Ende geführt werden sollen. Die Demokraten fordern, die Verhandlungen so schnell wie möglich zu Ende zu bringen, damit völlige Klarheit über den endgültigen Gesetzentwurf der Kompromißparteien geschaffen wird.

Geßlers Etat vor dem Reichstag

Am Mittwoch begann die Besprechung des Haushaltplanes des Reichswehrministeriums im Reichstag. Trotz des Sumpfes von Korruptionsgesellen, Fememorden, monarchistischen Skandalaktionen waren die bürgerlichen Parteien einmütig im höchsten Lob für das Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, das ihnen der ewige Landvogt Geßler geschaffen hat. Der Deutschnationale Graf Schulenburg erklärte, daß die Führung der Reichswehr bei Seeckt in den besten Händen liege. Er könne mit Freude feststellen, daß der Wehrminister den vaterländischen Verbänden nicht feindlich oder gefühlsmäßig gegenüberstehe. Für die SPD. stellte Künstler fest, daß die Erhöhung des Reichswehretats nicht zu der Not des Volkes passe. Er brachte einige Beweise dafür, daß bis zum heutigen Tage Zeitfreiwillige für die Schwarze Reichswehr eingestellt worden. Genosse Schneller erklärte, daß die Erhöhung des Wehretats um 118 Millionen im schreienden Gegensatz zu der Regierungserklärung steht, nach der für soziale Ausgaben kein Geld vorhanden ist. Es sei geradezu von einer Verschwendung öffentlicher Mittel für die Reichswehr zu sprechen, für die die jährlichen Aufwendungen von 341 Millionen im Jahre 1924 auf 491 Millionen im Jahre 1926 gestiegen sind. Geßler vertraue auch auf die Bewilligungsfreudigkeit der reaktionären Reichstagsmehrheit, die für das Instrument der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft genug Geld übrig habe. Geßler als auch der Chef der Marineleitung haben im Ausschuß ausdrücklich die **Notwendigkeit der verstärkten Rüstungen gegen Sowjetrußland betont.** Um diese Pläne durchzuführen, soll der Widerstand der Reichswehrsoldaten gebrochen werden. Die Reichswehrsoldaten sind politisch vollkommen entrechtet worden. Der Kadavergehorsam und der preußische Kasernenhofton ist überall wieder eingeführt worden. Die Reichswehrsoldaten haben dieses System. Die ganze Korruptheit dieses Systems zeigt das große Ansteigen der Selbstmordziffern. Dazu kommt die schonungslose Opferung der Mannschaften zur Erreichung der Dienstziele. Aus allen diesen Gründen hat die kommunistische Fraktion den **Mißtrauensantrag gegen Geßler** gestellt. Alle Dementis können die Tatsache nicht abschwächen, daß Geßler den bayerischen Königsmachern die Neutralität der Reichswehr zugesichert hat. Mehrfach hat er öffentlich die Forderung nach einer Militärdiktatur aufgestellt, und seine Praxis entspricht seinen Reden. Neuerdings ist wiederum der Beweis erbracht worden, daß die Einstellung von Zeitfreiwilligen bis in die letzten Tage vorgenommen worden ist. Die „Welt am Abend" hat unter anderem die Behauptung aufgestellt, daß Reichswehrgelder zu Waffenschiebungen in Ostpreußen benutzt werden sind. Während sonst der Staatsanwalt sofort zum Eingreifen gegen die Arbeiterpresse bereit ist, hat sich Geßler aber ausdrücklich geweigert, gerichtlich vorzugehen, um angeblich die Zeitung nicht interessant zu machen. Er schweigt auch, wenn durch Staatsanwaltschaft und Gerichte Waffenschiebungen festgestellt werden. Die Kommunisten werden nicht aufhören, die Reichswehrsoldaten darauf aufmerksam zu machen, daß sie gegen ihre Klassengenossen mißbraucht werden sollen. Für die Reichswehrsoldaten muß dasselbe gelten, was der kommunistische Redakteur Campel den englischen Soldaten zurief, ihre **Waffen nur im Interesse der eigenen Klasse zu benutzen und sich mit den Arbeitern zu verbrüdern.**

Geßler erzählt Ammenmärchen

Da die Demokratische Partei im Reichstag verzichtete, zum Reichswehretat überhaupt zu sprechen, antwortete Geßler. Seltsamerweise wurde bei einer Rede eines verantwortlichen Ministers über unfreiwillige Witze gelacht. Lang und breit bezeuerte er seine Unschuld. Die Rüstungsausgaben seien nicht so hoch. Sie würden sonst von der Entente beanstandet. Außerdem seien sie unerläßlich, um die Rüstungsindustrie nicht arbeitslos zu machen. Es sei richtig, daß das Offizierkorps ursprünglich der Republik mißtrauisch gegenübergestanden habe. **Er, Geßler, habe aber niemals etwas gegen die Republik durchgehen lassen.** (Zurufe: Märchenerzähler.) Als er nochmals darauf hinweist, daß die Entente alles sehe, was in Deutschland vorgehe und damit die „Harmlosigkeit" der deutschen Rüstungen beweisen will, wird in lebhaften Zurufen gefragt, warum dann eigentlich die zahllosen Landesverratsprozesse geführt worden seien. Darauf antwortet Geßler nicht. Auch auf die Schwarze Reichswehr, die Fememorde usw. geht er nicht ein. Zum Schluß beschwert er sich noch über die kommunistische Propaganda unter den Reichswehrsoldaten und entrüstet sich, daß schon die letzten Ausschußverhandlungen in einem Flugblatt verwertet worden seien. Auf die Angriffe der kommunistischen Presse wolle er grundsätzlich nicht antworten.

Die Meineidsfabrik des Staatsgerichtshofes

Zum neuesten deutschen Justizskandal.

In zahlreichen Prozessen gegen kommunistische Arbeiter hat die Verteidigung sich gegen die Untersuchungsmethoden der vom Staatsgerichtshof eingesetzten Richter gewehrt. Immer wieder wurde der Nachweis angeboten, daß die als Zeugen vernommenen Beamten unter ihrem Eide Aussagen machten, die mit der Wahrheit nicht übereinstimmten, immer wieder wurde von den angeklagten Proletariern der Vorwurf der Protokollfälschung erhoben, aber der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik — besetzt mit Mitgliedern des Reichsgerichts, ehemaligen Reichskanzlern, Ministern, Staatssekretären, Landgerichtspräsidenten, Generalen und solchen Gewerkschaftsführern, die bereit sind, als Stütze der Reaktion gegen das Proletariat zu dienen — hat in brutalster Weise jeglichen Wahrheitsbeweis unterdrückt, offensichtliche Unwahrheiten als unter Beamteneid abgegeben für unanfechtbar erklärt und kommunistische Entlastungszeugen als grundsätzlich unglaubwürdig nicht zugelassen. Auf diese Weise haben die oberste Anklagebehörde des Reiches, die Reichsanwaltschaft und die höchsten politischen Gerichtshöfe des Reiches, der Staatsgerichtshof und das Reichsgericht ein Lügengebäude errichtet, um die KPD. zu belasten und um Hunderte von revolutionären Arbeitern in die Zuchthäuser und Gefängnisse zu schicken.

Schon vor einiger Zeit begann es in diesem Lügengebäude zu knistern. Die Verhandlungen gegen die Fememörder ließen trotz des strengsten Ausschlusses der Oeffentlichkeit erkennen, daß die oberste Anklagebehörde des Reiches vollkommen einseitig und parteiisch ausschließlich gegen Kommunisten vorgegangen war, aber es unterlassen hatte, die Verbrechen rechtsradikaler Organisationen, zu deren Aburteilung der Staatsgerichtshof nach dem Rathenaumord geschaffen worden war, zur öffentlichen Verhandlung vor das höchste politische Gericht zu bringen.

Jetzt ist eine Säule der Reichsanwaltschaft und des Staatsgerichtshofes zusammengebrochen, Landgerichtsdirektor Jürgens, Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, ist auf Veranlassung der Oberstaatsanwaltschaft Stettin als Versicherungsbetrüger, als Anstifter zu Einbruchsdiebstählen und wegen Hochstapelei in zirka dreißig Fällen nebst seiner Frau Gemahlin festgenommen worden. Jürgens' Festnahme erfolgte, wie die bürgerliche Presse in der ersten Verkürzung selbst meldete, auf der Flucht. Ueberlegen wir, was für Material vorgelegen haben muß, bis sich die Staatsanwaltschaft entschloß, gegen einen so hohen richterlichen Beamten einzuschreiten und die Festnahme anzuordnen. Landgerichtsdirektor Jürgens war vom Unglück verfolgt. In Kolberg auf der Sommerreise wird seiner Frau im Hotel ein kostbares Halsband gestohlen, die Versicherung muß blechen. Im Herbst wird seine Stargarder Wohnung ausgeräumt, Silber, andere Kostbarkeiten, auch Akten verschwinden. Die Versicherung muß wiederum blechen, denn Jürgens schwört, die Kommunisten haben gestohlen. Jürgens wird zur Beförderung nach Berlin versetzt und wieder wird bei ihm gestohlen. Die geprellte Versicherung begnügt sich jetzt nicht mehr mit einer Scheinuntersuchung, sie verlangt ein Vorgehen gegen Jürgens und nun kommt die Sache ins Rollen. Es stellt sich heraus: Jürgens und seine Frau haben beträchtliche Schulden. Die Schulden für Jürgens können die Kommunisten doch nicht gemacht haben. Jürgens hat ein Verschwenderleben geführt. Gelagen, Pelz- und Juwelenkäufe, Frühlings-, Sommer- und Winterreisen, Automobilausflüge, das ist das „sparsame, würdige und standesgemäße" Leben eines hohen richterlichen Beamten der verarmten deutschen Republik, und so kommt es, daß er an seinem früheren Wohnort dreißig unbefriedigte Gläubiger hat sitzen lassen. Jürgens, der während seiner Amtszeit so viel Verbrechen unangefochten ausführen konnte, daß ihm jeder Maßstab für das Erlaubte abhanden gekommen ist, verliert den Kopf, wie er merkt, daß die Untersuchung gegen ihn auf das Drängen der Versicherung ernstlich geführt wird. Seine Angaben erweisen sich als freche und plumpe Lügen. Sein verbrecherisches Treiben tritt offen zutage, und so kommt es am Sonnabend zu seiner Festnahme und zum öffentlichen Skandal.

Aus den Sonntagsblättern der bürgerlichen Zeitungen geht mit Deutlichkeit hervor, daß bereits sehr hohe Stellen der Republik bestrebt sind, nach bewährten Methoden die Untersuchung gegen Jürgens einzuschränken, in verkehrte Bahnen zu lenken, um weitere Enthüllungen noch in letzter Minute verhindern zu können. Was sind auch 10 000, 30 000 oder auch 100 000 Mark Schulden? Es gibt Korruptionsfonds, aus denen man größere Beträge, wenn der Staat in Gefahr ist, entnehmen kann. Die Sensation, welche die Nachricht von der Festnahme des Landgerichtsdirektors Jürgens erregt hat, hat die Behörden die Gefahr erkennen lassen, welche für die bestehende Gesellschaftsordnung darin liegt, daß in der breitesten Oeffentlichkeit die Wahrheit über die zahllosen Justizverbrechen der letzten Jahre auch nur annähernd bekannt wird.

Der Untersuchungsrichter Jürgens ist in einer größeren Anzahl von Prozessen als entscheidender Belastungszeuge aufgetreten und verteidigt worden. Es bestand für die Verteidiger schon vor Monaten kein Zweifel, daß der Landgerichtsdirektor Jürgens nicht nur fahrlässig die Eidespflicht verletzt hat, sondern im Laufe der letzten Jahre über zwei Dutzend Meineide geleistet hat.

Infolge dieser sorgfältigen Meineide des Jürgens sind aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands, aus Mecklenburg,

SLUB
Wir führen Wissen.

Pommern, Hamburg und Berlin zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen auf lange Jahre in die Gefängnisse und Zuchthäuser geschickt worden, wo sie unschuldig schmachten, während der verbrecherische Schurke, den seine Richterstellung vor Verfolgung sicherte, sich einem wüsten Genußleben hingegeben hat, das jetzt der Oeffentlichkeit in seiner vollen Schamlosigkeit bekannt wird. Landgerichtsdirektor Jürgens hat einen Teil dieser Meineide geschworen, um seine zahlreichen Amtsverbrechen zu verbergen, die er nach dem vorliegenden Material zweifellos begangen hat. Da wimmelt es in den verschiedenen Prozessen von Aussage- und Geständniserpressungen, um das Schwindelgebäude zu errichten, das zur Verurteilung der Kommunisten und zur Karriere von Herrn Jürgens und Konsorten notwendig war. Es gibt eine Anzahl höherer Beamten, die Grund haben, die Aufdeckung dieser Zusammenhänge zu fürchten. Denn wenn Herr Jürgens die Unwahrheit gesagt hat, und er hat sie dauernd gesagt, dann werden auch die eidlichen Aussagen der anderen Spitzen des Staatsgerichtshofes in Kommunistenprozessen, des Landgerichtsdirektors Vogt, auf das schwerste erschüttert. Auch Herr Vogt hat, daran kann nicht mehr gezweifelt werden, seine Eidespflicht in den verschiedenen Kommunistenprozessen in der schwersten Weise verletzt. Aber mit der Person des Herrn Vogt ist die Reihe der beamteten Zeugen, denen die Verteidiger eine Verletzung ihrer Eidespflicht mit zutreffender Begründung nachgewiesen haben, nicht beendet. Der süddeutsche Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Böhner wurde, obwohl sein Meineid offen zutage lag, nicht verfolgt, sondern nur milde verwarnt, und der Kriminaloberinspektor Koppenhöfer aus Stuttgart konnte unter dem Schutze Niedners und der anderen Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes eidliche Aussagen machen, deren innere Widersprüche ganz offenkundig waren. Der Staatsgerichtshof hat mit seinen Untersuchungs- und Verhandlungsmethoden in Kommunistenprozessen Provokateurangaben und die falschen eidlichen Aussagen der Beamten zu einem ständigen Bestandteile seines Verfahrens erhoben.

Wer von den kompromittierten Richtern trägt die Hauptverantwortung an diesen skandalösen Zuständen? In erster Reihe die Behörde, unter deren unmittelbaren Aufsicht und Verantwortung die Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes gearbeitet haben, die Reichsanwaltschaft. Der Oberreichsanwalt Ebermayer, der wegen Erreichung der Altersgrenze zurücktreten wird, hat immer nur „demokratische" Worte gesprochen und geschrieben, in Wirklichkeit aber in seinem Ressort den Vertretern der schwärzesten Reaktion freie Hand zu ihren Umtrieben gelassen. Der Hauptschuldige an diesen Zuständen der obersten Anklagebehörde ist der Reichsanwalt Neumann. Er hat verhindert, daß die Fememorde durch die Reichsanwaltschaft vor den Staatsgerichtshof gezogen und öffentlich verhandelt wurden. Neumann ist der Hauptinspirator jener maßlosen Kommunistenhetze, die von der obersten Anklagebehörde des Reiches seit Jahren getrieben wird. Als bewußtes Werkzeug der Reaktion wollte er die Kommunistische Partei als Organisation des klassenbewußten revolutionären Proletariats zerstören, und da er sah, daß es hierfür keine gesetzlichen Mittel gab, duldete er, daß die von der Reichsanwaltschaft bestellten Untersuchungsrichter und die als Hilfsbeamten fungierenden Polizeibeamten sich im ausgedehntesten Maße ungesetzlicher und verbrecherischer Methoden bedienten, um die Kommunisten ans Messer zu liefern. Um die der Strafverfolgung als lästig im Wege stehende Immunität der kommunistischen Abgeordneten zu beseitigen, wollte Reichsanwalt Neumann durch seine Werkzeuge die kommunistischen Abgeordneten als Mitschuldige bei gemeinen Verbrechen überführen. Jedes Mittel war zu diesem Zweck recht, aber der vergiftete Pfeil ist auf den Schützen zurückgeprallt. Der angebliche Hüter des Gesetzes, der Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, Landgerichtsdirektor Jürgens, ist als gemeiner Verbrecher entlarvt, seine Kollegen, seine Vorgesetzten und das ganze System auf das schwerste kompromittiert.

Wir fordern die sofortige Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen über diesen neuen Justizskandal, sowohl seitens des Reichstages wie seitens des Preußischen Landtags. Es geht nicht, daß die Behörden die Angelegenheit zu verkleinern und zu vertuschen suchen. Das Reichsjustizministerium und das preußische Justizministerium sind für die Tätigkeit des Landgerichtsdirektors Jürgens verantwortlich. Die schuldigen Beamten der Reichsanwaltschaft, insbesondere der Reichsanwalt Neumann, müssen sofort vom Dienst suspendiert werden. Es muß sodann ein Reichsgesetz angenommen werden, das die Opfer dieses ungeheuerlichen Justizskandals unverzüglich in Freiheit setzt, und eine Wiederaufnahme nicht einem Beschluß des Staatsgerichtshofes oder des Reichsgerichts überlassen bleiben darf. **Die unschuldigen Opfer unerhörter Justizverbrechen müssen endlich befreit, die schuldigen Amtsverbrecher und der gemeine Hochstapler im Richtertalar ins Gefängnis geworfen werden.**

Luthers Rede in Hamburg

Bei dem zu Ehren des Reichskanzlers Luther anläßlich seines Aufenthaltes in Hamburg gegebenen Festessen im Rathause, an dem auch die sozialdemokratischen Senatoren teilnahmen, hielt Luther eine Rede über die Außenpolitik, in der er betonte, daß bei allen Aenderungen der innerpolitischen Lage die außenpolitische Linie die gleiche geblieben sei. (Also Erfüllungspolitik!) Das Ziel dieser Politik sei, Deutschland wieder zu einer Großmacht im Kreise der Völker zu machen. Das könne nicht durch Sprünge, sondern Schritt für Schritt erreicht werden. Die gesamte Richtung der Arbeit seit dem Ende des Ruhrkampfes sei richtig gewesen. Ein Schritt weiter auf diesem Wege sei Locarno. Der Locarnopakt werde aber erst wirksam durch einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Dieser könne nur dann erfolgen, wenn Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbund erhalte. **Deutschland werde sich völlig dem Völkerbund unterordnen und sich in Wahrung der Völkerbundsinteressen (!) von keinem Lande übertreffen lassen.** (Vor allem beim Kampfe gegen Rußland?!) **Eine weitere Aenderung der Zusammensetzung des Rates sei schädlich für ein gedeihliches Zusammenarbeiten.** Seiner Meinung nach sei eine generelle Erweiterung des Rates niemals geplant gewesen, und die Gerüchte darüber kenne die deutsche Regierung erst aus den Presseerörterungen, die nach Absendung ihres Antrages einsetzten. Solange Deutschland nicht im Völkerbundsrat sitze, werde es offiziell nicht zu der Frage der Veränderungen seine Meinung äußern. (?) Es sei ihm unfaßbar, daß man eventuell durch Ablehnung dieses Standpunktes in der Frage der Ratssitze die Ergebnisse der Politik des letzten Jahres zerstören könnte. Deutschland biete dem Völkerbund seine Dienste an und erwarte dagegen Verständnis für seine Interessen. (!) Deutschland wird sich bemühen, die Leistungsfähigkeit des Bundes (in der Unterdrückung der Kolonialvölker und in der Bekämpfung Sowjetrußlands?!) zu erhöhen, und nimmt das „schöne Bild" auf, das der französische Ministerpräsident in seiner letzten Rede gebraucht hat, das Bild, „daß wir in Locarno eine neue Sprache, **die europäische Sprache**, gesprochen haben.

Diese Eunuchenrede des schwarz-weiß-roten Kanzlers zeigt deutlich den außenpolitischen Kurs der Hindenburg-Regierung: **Völlige Unterwerfung** unter das Diktat des internationalen **Kapitals.**

1 Jahr 4 Monate Gefängnis für Barthels

In dem Prozeß gegen den Regierungsrat Barthels, den früheren Leiter des Berliner Fremdenamtes, der gestern vormittag nach 6wöchiger Dauer zu Ende geführt wurde, verkündete der Landgerichtsdirektor Schulz das Urteil. Barthels wurde wegen fortgesetzter Bestechung und Urkundenfälschung zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und zur Aberkennung der Fähigkeiten zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von 5 Jahren verurteilt. Die von Barthels eingesteckten Bestechungsgelder in Höhe von 24 600 Mk. wurden als dem Staat verfallen erklärt.

Vor dem Urteil im Grevesmühlener Reichsbanner-Prozeß

Wie die „Vossische Zeitung" heute morgen meldet, wurden die Verhandlungen im Reichsbanner-Prozeß vor dem Schweriner Landgericht gestern nachmittag beendet. Die Verhandlungen sollen am Freitag früh wieder aufgenommen werden. Man erwartet am Freitag das Urteil.

Eine Glanzleistung der bayrischen „Ordnungszelle"

Der staatsgefährliche Film

München, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Der bayrische Innenminister hat den pazifistischen schwarz-rot-goldenen Film „Freies Volk" verboten. In der Begründung wird erklärt, daß der Film ein falsches Bild von den bestehenden Verhältnissen in Deutschland gebe und dadurch die öffentliche Ordnung gefährde. Außerdem bedeute der Film eine Verherrlichung der Macht der internationalen Arbeiterschaft.

Der Fememordprozeß gegen Schulz verschleppt

Berlin, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die Hauptverhandlung gegen den Oberfememörder Schulz und Kumpane vom 15. März auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die Klassenjustiz setzt die Verschleppungsmethode wie beim Pannier-Prozeß weiter fort.

Unerhörte Sabotage des Volksbegehrens

Kaiserslautern, 4. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Stadtgemeinde Kaiserslautern hatte nur ein Einzeichnungslokal für das Volksbegehren ausgeschrieben. Da es für eine Stadt von 42 000 Einwohnern zu wenig war, hat die Arbeiterschaft dagegen protestiert. Unter dem Druck der Arbeiter wurden nun 7 Einzeichnungslokale bereitgestellt.

Amtsenthebung des Heidenauer Bürgermeisters

Die Telunion meldet gestern, daß in der Angelegenheit der Notstandsarbeiten in Heidenau durch Beschluß des Untersuchungsrichters beim Landgericht Dresden vom 22. Februar der erste Bürgermeister Gröger (SPD.), der Verwaltungsdirektor Kreisel und der Verwaltungssekretär Singer ihrer Aemter enthoben worden sind. Die Voruntersuchung ist eröffnet.

Dr. Külz und seine Beamten

Der Reichsinnenminister Dr. Külz hat im Reichstag in einer Rede gefordert, „der Beamte soll die **republikanische Staatsform bejahen** und sich dem Staate **innerlich verbunden fühlen**. Beamte, welche die Republik und ihre Symbole schmähen und verächtlich machen, machen sich unwürdig des Dienstes am Volke."

Zu dieser — gewiß nicht ernst zunehmenden Rede Dr. Külz' schreibt die konservative „Kreuz-Zeitung" (vom 2. März):

„Wenn er (Külz. Die Red.) aber von den Beamten die innere Bejahung der republikanischen Staatsform verlangt, so überschreitet er damit glatt die ihm verfassungsmäßig (!) zustehenden Rechte. **Die parteipolitisch rechtsstehenden Beamten werden dieser Kampfansage (!) gebührend zu begegnen wissen.**"

Was wird der Reichsinnenminister gegen diese offene Aufforderung zum Ungehorsam seiner Beamten unternehmen? Antwort: Nichts! **Es sind doch „nur" parteipolitisch rechtsstehende Beamte"!**

Durchaus begreiflich

Die „Dresdner Volkszeitung" (Nr. 51 vom 2. März) schreibt zur Erklärung der sächsischen Regierung, worin diese an der einmal „erledigten" Fürstenabfindung festhalte:

„Uns ist es unverständlich, wie eine in ihrer Mehrheit sozialistische Regierung diesen Standpunkt einnehmen kann. Gewiß, der Vertrag mit dem Königshaus war endgültig abgeschlossen, aber wenn jetzt die Möglichkeit besteht, daß er noch einmal nachgeprüft wird, so ist nicht einzusehen, warum das Land Sachsen nicht versuchen soll, wenigstens einen Teil der Besitztümer wiederzubekommen, die man damals dem sächsischen Königshaus zugestehen mußte. Sozialdemokratische Minister müßten doch auf dem Standpunkt stehen, daß es um jeden Pfennig schade ist, der dem Hause Wettin überlassen bleibt. Lautet die Antwort der sächsischen Regierung an den Reichskommissar so, wie das hier behauptet wird, so würden wir wieder einmal vor einer der vielen Unbegreiflichkeiten stehen, an die wir leider bei dieser Regierung nur allzu sehr gewöhnt sind."

Das Verhalten der Heldt-Müller ist uns durchaus begreiflich. Nur der „linken" „Dr. V." ist es unverständlich, daß Fürstenknechte eben Fürstenknechte sind.

Steuerstreik in Paris

Paris, 4. März. (Eig. Drahtbericht.) In Paris begann gestern der Steuerstreik. Die Kaufleutebewegung setzte bereits morgens ein, nachmittags 2 Uhr begann der von dem Einzelverband angesetzte 3stündige Generalstreik. In den kleinen Bürgervierteln waren sämtliche Geschäfte geschlossen, die Rolläden waren heruntergelassen. An den Plätzen und größeren öffentlichen Gebäuden stehen große Polizeiaufgebote in Reserve.

Bethlen deckt die Frankenfälscher

Budapest, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Markgraf Pallavicini, der am Dienstag eine aufsehenerregende Anklagerede gegen Bethlen hielt, veröffentlicht in einem Budapester Abendblatt folgende Erklärung: „Mit Bezug auf mein gestern in der Nationalversammlung gegebenes Versprechen wiederhole ich hier die gegen die Regierung erhobene Anklage. Ich behaupte, daß Ministerpräsident Graf Bethlen seit Monaten von den Vorbereitungen der Frankenfälscher Kenntnis hatte. Er wußte, daß der Landespolizeichef am Komplott beteiligt war, doch ist der Ministerpräsident aus mir unbekannten Gründen seiner Amtspflicht nicht nachgekommen und hat die Frankenfälschungen zu geeigneter Zeit nicht vereitelt. Nach bestem Wissen behaupte ich, daß, als diese Affäre der Falschmünzer in die Oeffentlichkeit drang, der Ministerpräsident alle Versuche, um die Täter und Teilnehmer an den Frankenfälschungen zu ermitteln, vereitelte.

„Es geht um das, was ist!"

Die Begründung zum Verbot des Gaskriegsromanes von Johannes R. Becher.

Der Dichter Johannes R. Becher hat jetzt vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts die Begründung zur Beschlagnahme seines revolutionären Gaskriegsromanes „CH Cl = CH)3 As. Lewisite oder Der einzig gerechte Krieg" erhalten. Die Beschlagnahme wird auf Grund des Strafgesetzbuches, des **Gesetzes zum Schutze der Republik** und des Gesetzes über die Presse verfügt, daß das Buch „die Massen zur revolutionären Erhebung aufpeitschen" wolle.

Als beanstandete Stellen sind in der Verbotsbegründung wörtlich angeführt:

Einleitung, S. 8: „Es geht um das, was ist" (! D. Red.), und S. 9: **„Gewidmet der kommenden deutschen sozialen Revolution".**

2. Kapitel, S. 64: „Und alle, die rücksichtslos aus den Reihen des kämpfenden Proletariats stoßen, die durch ihre stete Geneigtheit zu Verhandlungen und Konzessionen die Kampfkraft, die revolutionären Energien schwächen" (!) — S. 72: „Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als elend verrecken auf dem Misthaufen dieser Republik ..."

3. Kapitel, S. 112: „Während des Kampfes erst, im Feuer des bewaffneten Aufstandes wird die Mehrheit ..."

5. Kapitel, S. 197: „So verlangt die moderne Kriegsführung ihre schleunigste Beendigung durch **die Umwandlung des Krieges in einen Krieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie in ihrem Sturze.** Die Kriegsführung verlangt schon vorher die Vorbereitung des Kampfes des Proletariats."

6. Kapitel, S. 208: „Es lebe der Kampf", „es lebe die Revolution" (! D. Red.). — S. 231: **„Arbeiter! Proletarier, Genossen! Seid ihr bereit zum Kampfe, dem Ruf zum Generalstreik, dem Ruf zum bewaffneten Aufstand zu folgen, wenn ihn die Partei an euch ergehen läßt?"** — S. 239: „Nieder mit der Mörderregierung! **Es lebe die Diktatur des Proletariats!** Generalstreik! Alle Macht den Räten!"

7. Kapitel, S. 283: „Und dies Kommandowort, das die Geschichte den Werktätigen aller Länder zuruft, heißt: Klassenkrieg!"

8. Kapitel, S. 311: „Denn Revolution bedeutet nicht nur gefühlsmäßige, begeisterungsflammende Hingabe an das revolutionäre Ideal. Damit ist bei weitem noch nicht alles getan. Revolution ist nicht nur der bewaffnete Aufstand, ist nicht nur das Stadium des Emporflammens der Massenempörung. Revolution bedeutet auch kleine zermürbende Parteiarbeit. Revolution ist auch die Klebekolonne. Revolution sind auch leere Versammlungen. Revolutionist, Legalität und Illegalität. Die Kampfmaschine der Revolution." (!) — S. 358: „Schreit: „Sowjetdeutschland entgegen!" (!) — Ein Vergehen gegen § 166 StGB. (Gotteslästerung! D. Red.) ist besonders in folgenden **Stellen** zu erblicken: S. 275: „... und er, der Herr dieser aller, blinzelt und schmunzelt und saugt wohl ein wenig zu wollüstig schlürfend die narkotischen Düfte des Weihrauchs ein und täkelt sich, daß der ewigkeitsschwangere Leib beinahe aus dem Leim kracht, auf seinem himmlischen Plüschsofa ..." — S. 278: „Generalabsolution, richtig deine kümmerlich beladene Seele auskotzen kannst du bei der Beichte, und wenn du nur schön brav wedelst, hie und da auch mal Almosen ... Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre, die Massengräber stinken sein Lob." — Eine Beschimpfung im Sinne des § 8 Ziffer 1 des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik enthalten folgende Stellen: S. 72: **„Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als elend verrecken auf dem Misthaufen dieser Republik."** — S. 115: **„Ich sage, diese Republik ist ein Treibhaus für die Kapitalisten und Reaktionäre und ein Zuchthaus für die Arbeiter."**

Der Untersuchungsrichter Beringer vom Reichsgericht will also das Buch des Genossen Becher beschlagnahmen, weil sein Inhalt ist: **„Es geht um das, was ist!"**

Die Dichter aber sollen nach den Wünschen der Bourgeoisie nicht „das, was ist", behandeln.

Die Verbotsbegründung des Reichsgerichts spricht für den proletarisch-revolutionären Dichter Becher als einen Kämpfer des Ewigen Ehre, die Massengräber stinken sein Lob." — Eine Streich der Klassenjustiz, der den schärfsten Protest aller klassenbewußten Arbeiter findet.

Die Freude des „Landesvaters"

1950 tote „Landeskinder" bringen dem „Landesvater" 643 500 Gulden ein!

Im 18. Jahrhundert verkauften bekanntlich die „von Gottes Gnaden" ihre Landeskinder kompagnieweise an jeden anderen kriegführenden Staat, der ihnen gutes Geld dafür zahlte. Zur Illustration der damaligen Zustände diene nachfolgender Brief des Landgrafen von Hessen-Kassel, den er an den Oberbefehlshaber der an England verkauften hessischen Truppen in Amerika am 8. Februar 1777 sandte:

„Baron Hohendorff! Ich erhielt zu Rom bei meiner Zurückkunft von Neapel Ihren Brief vom 27. Dezember letzten Jahres. Ich ersah daraus mit unaussprechlichem Vergnügen, welchen Mut meine Truppen bei Trenton entfaltet haben, und Sie können sich meine Freude denken, als ich las, daß von 1950 Hessen, welche in dem Gefecht waren, nur 300 entkamen. Da wären denn gerade 1650 gefallen, und ich kann nicht genug Ihre Klugheit empfehlen, eine genaue Liste an meine Bevollmächtigten in London zu senden. Diese Vorsicht wird um so mehr nötig sein, als die mir von dem englischen Minister gesandte Liste aufweist, daß nur 1455 gefallen seien. Auf diesem Wege sollte ich 160 050 Gulden verlieren. Nach der Rechnung des Lords von der Schatzkammer würde ich bloß 483 450 Gulden bekommen, statt 643 500. Sie sehen wohl ein, daß ich in meiner Forderung durch einen Rechenfehler gekränkt werden soll, und Sie werden sich die äußerste Mühe geben, zu beweisen, daß Ihre Liste genau und seine unrichtig sei. Der britische Hof wendet ein, daß 100 verwundet seien, für die sie nicht den Preis von Toten zu bezahlen brauchten. **Erinnern Sie sich daran, daß von den 300 Lacedämoniern, welche den Paß bei Termopyle verteidigten, nicht einer zurückkam. Ich wäre glücklich, wenn ich das von meinen braven Hessen sagen könnte.** Sagen Sie dem Major Mindorff, daß ich außerordentlich unzufrieden mit seinem Benehmen bin, weil er sein Bataillon gerettet habe; während des ganzen Feldzuges sind ja noch nicht zehn von seinen Leuten gefallen."

Die Nachfahren dieses „Landesvaters", die depossedierten Landgrafen von Hessen, verlangen jetzt nicht nur von den „braven Hessen", sondern von den Millionenmassen der deutschen Werktätigen gute Gelder für ihre „Ansprüche", mit ihnen die gesamte Fürstenbande. — Diesmal wird ihnen das deutsche Volk einen dicken Strich durch ihre Guldenrechnung machen!

Das neue Heft der „Internationale" erschienen! „Die Internationale", die seit Beginn des Jahres vierzehntägig erscheint, hat in den ersten zwei Monaten einige Fortschritte auf dem Wege der geplanten Reorganisation gemacht. Jedes Heft enthält eine Rundschau über Gebiete des wirtschaftlichen und politischen Lebens, die einen aus der Tagespresse nicht möglichen Ueberblick geben. Das neueste Heft 4, das eben erschienen ist, geht im Leitartikel kurz auf die Versuche der SPD.-Führung ein, aus der Einheitsfront für den Volksentscheid auszubrechen. Diese Broschüre des linken sächsischen SPD.-Führers Saupe wird kurz in ihrer Bedeutung charakterisiert. Ferner bringt das Heft den Schluß des in Heft 2 begonnenen gründlichen Artikels des Genossen Lominadse über die Ergebnisse des 14. Parteitags der KP. der Sowjetunion. Hervorzuheben ist ferner ein Artikel des Genossen Koenen zur Kommunalpolitik. Die Rundschau bringt diesmal Material, besonders aus den einzelnen Sektionen der Komintern; ferner zur deutschen Politik und über die Sowjetunion. In der Rubrik Literatur finden wir eine Besprechung der deutsch-französischen Jahrbücher, ferner die Naturdialektik von Friedrich Engels.

Zum internationalen Frauentag

Von Lenin.

Die wichtigste und hauptsächlichste Aufgabe des Bolschewismus und der russischen Oktoberrevolution besteht darin, gerade jene zur Herrschaft heranzuziehen, die unter dem Kapitalismus am meisten unterdrückt wurden. In den demokratisch-bürgerlichen Republiken so gut wie in den Monarchien unterdrücken, knechten und berauben die Kapitalisten die werktätigen Massen. Diese Unterdrückung, dieser Betrug, diese Ausraubung der Volkskraft durch die Kapitalisten sind unvermeidlich, solange das Privateigentum an Boden, Fabriken und Betrieben besteht.

Das Wesen des Bolschewismus, das Wesen der Sowjetherrschaft besteht darin, daß die Lügenhaftigkeit und Heuchelei der bürgerlichen Demokratie entlarvt wird, daß das Privateigentum an Boden, an den Fabriken und Betrieben abgeschafft, daß die gesamte Staatsgewalt in den Fäusten der werktätigen und ausgebeuteten Massen zusammengefaßt wird. Sie selbst, diese Massen, bestimmen von nun an die Politik, das heißt sie nehmen den Aufbau der neuen Gesellschaft in ihre Hände. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe, die Massen sind vom Kapitalismus unterdrückt und getreten, der freien Betätigung ihrer Kräfte beraubt worden, aber einen anderen Ausweg der Lohnsklaverei des Kapitalismus gibt es nicht und kann es nicht geben.

Und man kann die Massen auf keine andere Weise zur Herrschaft heranziehen, als indem man auch die Frauen zur Herrschaft heranzieht. Denn die weibliche Hälfte des Menschengeschlechts ist unter dem Kapitalismus doppelt unterdrückt. Die Arbeiterin und Bäuerin tragen das Joch des Kapitals und sind sogar in den demokratischsten der bürgerlichen Republiken nicht völlig gleichberechtigt, denn das Gesetz gibt ihnen nicht die gleichen Rechte wie den Männern; zweitens — und das ist die Hauptsache — schleppen sie nach wie vor die Kette der „Haussklaverei". Sie bleiben „Haussklavinnen", denn es drückt sie das Joch der kleinlichsten, der schmutzigsten, der schwersten Unterdrückung, es fesselt sie die den Menschen am meisten abstumpfende Haus- und Küchenarbeit und die Last der häuslichen Einzelwirtschaft im allgemeinen hält sie am Boden. Die Bolschewisten, die proletarische Revolution der Räte haben der Unterdrückung und der Ungleichheit der Frauen so tief die Wurzeln beschnitten, wie keine andere Partei und keine andere Revolution der Welt sie zu beschneiden wagten. Von der Nichtgleichberechtigung der Frau mit dem Manne ist nach dem Gesetz bei uns in Sowjetrußland keine Spur übrig geblieben. Die besonders niederträchtige, gemeine, heuchlerische Ungleichheit im Ehe- und Familienrecht, die Ungleichheit in der Stellung des Kindes sind von der Sowjetrepublik vollkommen abgeschafft worden.

Dies ist bloß der erste Schritt zur Emanzipation der Frau. Gab keine der bürgerlichen, keine der wenn auch noch so demokratischen Republiken hat auch nur diesen ersten Schritt zu tun gewagt. Sie wagte es nicht aus Furcht vor dem „heiligen Privateigentum".

Der zweite und wichtigste Schritt besteht in der Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden, an den Fabriken und Betrieben. Dadurch und nur dadurch wird der Weg zur vollen und wirklichen Emanzipation der Frau geebnet, zu ihrer Befreiung von der „Haussklaverei", mittels Uebergang von der Einzel-Hauswirtschaft zur großen Gemeinwirtschaft.

Dieser Uebergang ist schwer. Denn es handelt sich hier um die Ueberwindung der am tiefsten eingewurzelten, am meisten zur Gewohnheit gewordenen, der am stärksten verknöcherten „Ordnung", um die Wahrheit zu sagen: eine Niederträchtigkeit, Barbarei, aber keine „Ordnung". Aber dieser Uebergang ist bereits begonnen worden, der Stein ist ins Rollen gekommen, wir haben den neuen Weg betreten.

Am Internationalen Frauentag wird in allen Ländern der Welt in zahlreichen Frauenversammlungen Sowjetrußland gefeiert werden, das die unerhört schwierige, aber große, riesengroß wirkliche Befreiungsarbeit begonnen hat. Ermunternde Grüße werden ertönen, angesichts der wütenden und grausamen bürgerlichen Reaktion den Mut nicht sinken zu lassen. Denn je „freier" und „demokratischer" ein bürgerliches Land ist, desto ärger wütet dort die Bande der Kapitalisten gegen die rebellierenden Arbeiter. Ein Beispiel dafür bietet die demokratische Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Aber der Mehr der Arbeiter ist bereits erwacht. Der imperialistische Krieg hat sowohl in Europa und Amerika, als auch im rückständigen Asien die schlummernden, verschlafenen, dumpfen Massen geweckt.

In allen Enden der Welt ist das Eis gebrochen. Die Befreiung der Völker vom Joch des Imperialismus, die Loslösung der Proletarier und Proletarierinnen von der Kette des Kapitals geht unaufhaltsam vorwärts. Dutzende und Hunderte von Millionen Proletarier und Proletarierinnen, Bauern und Bäuerinnen stützen die Revolution weiter. Und darum wird die Befreiung der Arbeit aus den Fesseln des Kapitalismus in der ganzen Welt siegen.

Abänderung der Abtreibungsparagraphen im Rechtsausschuß des Reichstages beschlossen

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und Volksparteiler gegen die Stimmen des Zentrums und der rechten Rechtsparteien folgende Abänderung der Abtreibungsparagraphen des Strafgesetzbuches beschlossen:

„Die Paragraphen 218, 219 und 220 des Strafgesetzbuches werden aufgehoben und ersetzt durch folgenden neuen

Paragraph 218:

Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleib oder durch Abtreibung tötet, oder die Tötung durch einen anderen zuläßt, wird mit Gefängnis bestraft.

Ebenso wird ein anderer bestraft, der eine Frucht im Mutterleib oder durch Abtreibung tötet.

Der Versuch ist strafbar.

Wer die im Absatz 2) bezeichnete Tat ohne Einwilligung der Schwangeren oder gewerbsmäßig begeht, wird mit Zuchthaus bestraft. Ebenso wird bestraft, wer einer Schwangeren ein Mittel oder Werkzeug zur Abtreibung der Frucht gewerbsmäßig verschafft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein."

Es ist sehr leicht zu sehen, daß diese Neuregelung ganz und gar unzureichend ist. Sie verbessert zwar die barbarischen alten Bestimmungen des Gesetzes, die als Grundstrafe für alle Abtreibungshilfe Zuchthaus androhen, und setzt an die Stelle der Zuchthausstrafe die Gefängnisstrafe. Aber schon die bisherige Praxis hatte in den meisten Fällen trotz der alten Gesetzesbestimmungen „nur" auf Gefängnis erkannt. Die ganze Reform erscheint also, wie von den kommunistischen Ausschußvertretern scharf betont wurde, nur als eine gesetzliche Formulierung der größtenteils schon bestehenden Praxis. Alle weitergehenden Anträge der Kommunisten und der Sozialdemokraten wurden von der reaktionär-„christlichen" Ausschußmehrheit ausnahmslos abgelehnt. Die Kommunisten hatten beantragt, die Abtreibungsparagraphen ganz aufzuheben. Außerdem verlangten sie die Amnestierung aller auf Grund der Paragraphen 218/219 verurteilten Personen. Beides wurde abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag, der die Abtreibung für straffrei erklären wollte, wenn sie von einem staatlich anerkannten (approbierten) Arzt innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft vorgenommen wird. Auch eine Reihe kleinerer Verbesserungsanträge der Kommunisten wurden abgelehnt und statt dessen noch eine gewisse Verschärfung beschlossen, indem die Straflosigkeit des Versuchs auch für die „besonderen leichten" Fälle abgelehnt wurde, in denen in Wirklichkeit eine Abtreibung überhaupt nicht vorliegt, sondern nur durch eine völlig verrückte „Theorie" des deutschen Reichsgerichts ein strafbarer Versuch angenommen wird. So z. B., wenn eine Frau, die gar nicht schwanger ist, Zuckerwasser einnimmt, weil sie dadurch glaubt, eine Abtreibung vornehmen zu können. In allen solchen Fällen bestrafen heute das Reichsgericht und die anderen deutschen Gerichte wegen versuchter Abtreibung, und auch die jetzt angenommene neue Fassung des Gesetzes wird hieran nichts ändern. Die kommunistische Vertreterin im Ausschuß, Genossin Arendsee, erklärte zu der Abstimmung ausdrücklich, daß die Kommunisten dieser erbärmlichen Reform nur darum zustimmten, weil sie eben jede, auch die kleinste Verbesserung für die unglücklichen Opfer der deutschen Klassenjustiz-Barbarei unterstützen wollen. Unser grundsätzlicher Standpunkt aber bleibt bestehen. Wir werden innerhalb des Parlaments und außerhalb des Parlaments weiter kämpfen für die Losung: Fort mit der Schande der Abtreibungsparagraphen!

Ohne die Frauen kein Volksentscheid

In der Propaganda für den Volksentscheid für entschädigungslose Enteignung der Fürsten ist die Frage noch wenig berücksichtigt worden, bei welchen Schichten der Bevölkerung eigentlich die Entscheidung der Abstimmung liegen wird. Nimmt man jedoch allgemeine Wahlbeteiligung an — und tatsächlich wird die Wahlbeteiligung stärker sein, als bei jeder anderen Wahl — so ergibt ein Blick auf die Bevölkerungsstatistik, daß es die Frauen sind, die hier den Ausschlag geben werden. Denn in Deutschland leben gegenwärtig gegen 20 Millionen Männer und 32 Millionen Frauen, also ein Frauenüberschuß von 7 Millionen! Daß Frauen bei allgemeinen Wahlen den Ausschlag geben, werden wir hier auch nicht zum erstenmal erleben. Auch Hindenburg ist Reichspräsident von Gnaden der Frauen und bei den Dezemberwahlen 1924 haben die reaktionären Parteien ihre verhältnismäßige Stärke den Frauen zu verdanken gehabt. So fielen auf hundert männliche Wähler in der Zentrumspartei 153 weibliche Wählerinnen, in der Deutschnationalen Volkspartei 127, in der Volkspartei 107, in der Kommunistischen 70 Wählerinnen. Nach diesen Zahlen wäre also ein Erfolg des Volksentscheids überhaupt unmöglich.

Aber hier verhält sich die Sache doch anders. Enteignung der Fürsten ist eine Parole, die von den enteigneten Frauen vortrefflich verstanden wird! Sind doch auch sie seit 1914 ständig enteignet worden! Freilich: ein gewisser Prozentsatz Frauen wird bestimmt gegen die entschädigungslose Enteignung stimmen, und zwar die Frauen der besitzenden Klasse, die fürchten, daß nach Enteignung der Fürsten die Ausbeuter selbst an die Reihe kommen werden. Aber dieser Teil befindet sich in der entschiedenen Minderheit.

Allerdings gibt es darüber in Deutschland noch keine genaue Statistik, wohl um zu verbergen, ein wie großer Prozentsatz der Bevölkerung dem arbeitenden Volke und ein wie geringer Teil der besitzenden Klasse angehört. So müssen wir zu rohen Schätzungen unsere Zuflucht nehmen, und diese ergeben folgendes Bild:

Wie bereits erwähnt, zählen wir in Deutschland gegen 32 Millionen weibliche Menschen. Von diesen 32 Millionen sind 12 Millionen erwerbstätige Frauen. Von diesen Erwerbstätigen gehören 7—8 Millionen der arbeitenden Klasse an. Zu diesen 7—8 Millionen sind noch ungefähr 10—11 Millionen proletarische Hausfrauen hinzuzufügen. Nach dieser Berechnung lautet also das Endergebnis:

Die Zahl der Frauen der besitzlosen Klasse in Deutschland beträgt: 18—20 Millionen.

Die Zahl der Frauen der besitzenden Klasse ist demgegenüber eine kleine Minderheit. Ein großer Prozentsatz dieser 20 Millionen ist für den Volksentscheid zu gewinnen und muß gewonnen werden! Diese Frauen wählten deutschnational, weil der Vater oder der Mann reaktionär gewählt hat und mit ihm die ganze Verwandtschaft; sie wählten die Zentrumspartei, weil der Pfarrer in der Kirche es ihnen so anbefohlen hatte, und sie wählten schließlich die SPD., weil es ihnen schien, als ob diese Partei am meisten für den Frieden arbeite, wobei sie gänzlich die Haltung der Partei zu Beginn des Weltkrieges vergessen hatten. Bei der Frage der Fürstenabfindung fallen aber all diese Fragen der Tradition weg, es handelt sich scheinbar um eine „unpolitische" Frage, die alle Enteigneten interessiert, um eine Frage, die aber politisch ist, daß sie geeignet ist, zahllosen Männern und Frauen des arbeitenden Volkes vielleicht zum ersten Male die Augen zu öffnen über die tatsächliche Rolle, die die von ihnen seit Jahrzehnten gewählten und unterstützten Parteien im politischen Leben Deutschlands gespielt haben.

In diesem Zusammenhang muß noch ein wichtiges Moment erwähnt werden: Der Großstädter denkt, wenn er von Arbeiterinnen hört, unwillkürlich nur an die Fabrikarbeiterinnen. Das gibt aber ein ganz falsches Bild der tatsächlichen Verhältnisse. Die Zahl der Industriearbeiterinnen in Deutschland dürfte sich insgesamt auf 3 Millionen belaufen.

Ebensoviel fallen aber ungefähr auf die landwirtschaftlich arbeitenden Frauen, die meist in völliger Abgeschiedenheit und Stumpfheit ihr Leben verbringen und nach mittelalterlichen Rechten und Gesetzen von den Junkern ausgebeutet werden. Der Gutsherr drückt ihnen den Stimmzettel in die Hand oder sie erfahren überhaupt nichts von dem, was im Land vor sich geht. Zu all denen muß unsere Stimme dringen. Und ähnlich, nur etwas besser, steht es mit den weiblichen Dienstboten, deren Zahl in Deutschland 1 Million beträgt. Wollen wir eine richtige Massenpropaganda durchführen, dann müssen wir trachten, an alle diese 20 Millionen Frauen heranzukommen und sie aus ihrer Gleichgültigkeit herauszureißen, um sie einzuordnen in die Einheitsfront aller Werktätigen zum Kampf gegen den Fürstenraubzug!

Sozialdemokraten als Gegner der Fürstenabfindung

Zu der offiziellen Regierungserklärung der sächsischen Koalitionsregierung, sie „stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Auseinandersetzung mit dem vormaligen Königshause durch den am 25. Juni abgeschlossenen Vertrag erledigt sei", schreibt — sehr richtig — die „Leipziger Volkszeitung" vom 1. März:

„Mit dieser Antwort hat sich die sächsische Regierung auf die Seite der Gegner der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten gestellt. Das ist um so bedauerlicher, weil vier Sozialdemokraten im sächsischen Kabinett sitzen, die nun als Kronzeugen für die Notwendigkeit der Respektierung des „bürgerlichen Rechts" gegenüber den ehemaligen Fürsten von deren Interessenvertretern benutzt werden können."

Die beste Antwort ist Verstärkung der Kampagne für die entschädigungslose Enteignung der Exfürsten.

Anweisung für den Schlepperdienst

1. Der Schlepperdienst wird von uns organisiert, weil er eine ausgezeichnete Agitationsmöglichkeit für die Ziele der Partei gibt.

2. Es ist nicht nur die Aufgabe des Schlepperdienstes, dafür zu sorgen, daß ein möglichst großer Teil der Werktätigen sich in die Listen einträgt, sondern wir müssen mit allen wahlberechtigten (auch mit den Familienangehörigen) diskutieren; anknüpfend beim Volksentscheid auch über die anderen wichtigen politischen Fragen. Entscheidend ist, daß wir die Wahlberechtigten bei ihren besonderen Interessen packen, die Mittelschichten, Beamten, Kleinbauern müssen bei der Agitation durch andere Fragen interessiert werden als die Arbeiter. Außerdem müssen wir berücksichtigen, ob die Einwohner Angehörige des Zentrums, des Reichsbanners oder des Stahlhelms sind.

3. Ausgehend von den Fragen des Volksentscheids müssen wir unter Berücksichtigung der besonderen Interessen der einzelnen Einwohner über folgende Fragen diskutieren: die Arbeitslosigkeit, Steuern und Zölle, Lohnabbau, Verweigerung der Lohnerhöhungen der Beamten (Eisenbahner), Dawespakt, die reaktionären Maßnahmen der Luther-regierung (sie ist öffentlich gegen den Volksentscheid aufgetreten), die weitere Belastung des werktätigen Volkes durch das Regierungsprogramm, die Reichstagsauflösung, Betriebsrätewahlen, Stellung der SPD. und des ADGB.

4. Die Schlepper müssen diese Fragen auch diskutieren, wenn die Wahlberechtigten sich bereits in die Listen eingezeichnet haben.

5. Die Agitation muß möglichst konkrete Erfolge zeitigen. Dazu gehört:

a) Eintragung in die Listen aller wahlberechtigten Familienangehörigen;
b) die Werbung von Abonnenten für die Parteipresse;
c) der Verkauf von Literatur (Broschüre „Keinen Pfennig den Fürsten", 10 Pfg.; „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung", 20 Pfg.; „Knüppel", 20 Pfg.);
d) Sammlung von Geldern auf Sammellisten;
e) Sammlung von Adressen der Sympathisierenden.

6. Die Schlepper erhalten das Material: Broschüren, Zeitschriften, Abonnentenzettel für die Parteipresse, Sammellisten von dem Agitationslokal, und sind verpflichtet, sofort nach Beendigung ihres Dienstes im Agitationslokal Bericht zu erstatten und abzurechnen.

7. Jeder Schlepper erhält vom Agitationslokal die genauen Straßen- und Hausnummern für seine Arbeit zugewiesen. In den Wohnungen, wo niemand angetroffen wird, muß der Schlepper einen Schein hinterlassen. (Diese Scheine werden im Agitationslokal ausgehändigt.) Er muß diese Adresse notieren, damit am nächsten Tag nochmals bei dem Betreffenden nachgefragt werden kann. Auch diese Adressen sind im Agitationslokal abzugeben.

8. Die Schlepper erhalten für den Verkauf von Zeitschriften und Broschüren einen Rabatt.

KPD., Bezirk Ostsachsen.

Achtung! Ausschneiden!

Unsere Zeitungsleser werden gebeten, den nachstehenden Aufruf auszuschneiden und den ihnen bekannten Ladenbesitzern zu übergeben.

An die Ladenbesitzer!

Dem deutschen Volk soll eine neue unerhörte Belastung aufgebürdet werden. Die früheren deutschen Fürsten fordern als Abfindung und Aufwertung über 500 000 Hektar Land- und Grundbesitz, über 100 große Schlösser, außerdem Kunstschätze, Gold und Silber in einem Gesamtwert von etwa 3 Milliarden Goldmark. Gegen diesen Raubzug hat sich das werktätige Volk Deutschlands in seiner überwältigenden Mehrheit zur Wehr gesetzt und einen Volksentscheid verlangt. Die Kommunistische Partei, die Sozialdemokratische Partei, der Ausschuß für Fürstenenteignung (Dr. Kuczynski) haben gemeinsam einen Gesetzentwurf für die Enteignung der Fürsten eingereicht. Wir sind mit dem werktätigen Volk der Meinung:

„Keinen Pfennig den Fürsten!"

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist mit dem Gesetzentwurf einverstanden. Nicht nur die Arbeiter, auch die Kleinbürger und Mittelschichten, die Opfer des Krieges und der Inflation, unterstützen das Volksbegehren. Wir fordern alle Ladenbesitzer auf, unseren Kampf gegen den Raubzug der Fürsten zu unterstützen und die gemeinsamen Plakate, die die Bekanntmachung über das Volksbegehren enthalten, in ihren Schaufenstern und in ihren Läden zur öffentlichen Einsicht auszuhängen. Wir sind bereit, den Ladenbesitzern weiteres Agitationsmaterial für ihre Kunden unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

In den nächsten Tagen werden Beauftragte unserer Organisation bei allen Ladenbesitzern vorsprechen und die Plakate zum Aushang abgeben. Wir glauben, daß alle Ladenbesitzer, die das gleiche Interesse haben wie die werktätige Bevölkerung, unsere Plakate zum Aushang bringen werden.

KPD., Bezirk Ostsachsen.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Holzarbeiter. Freitag, 5. März, abends 7.30 Uhr wichtige Besprechung im Moritzkeller, Ringstraße 72 (nahe des Pirnaischen Platzes). Das pünktliche Erscheinen aller KPD.-Holzarbeiter erwartet die Leitung.

Bauarbeiter Pirna, Sektion der Kalk- und Ziegelträger. Montag, 8. März, nachmittags 5 Uhr wichtige Versammlung im Volkshaus.

Die Dresdner Arbeiterschaft demonstriert am Freitag abend 1/2 8 Uhr

im Ausstellungspalast gegen die Polizeidiktatur im Rathaus

Dresden

4. März: 1924: Auflösung des Reichstags wegen Nichtverlängerung der Notverordnung (Ermächtigungsgesetz). — Aussperrung in der Badischen Anilinfabrik wegen Verweigerung des Neunstundentages. — 1923: Wirtschaftsrat des Allrussischen Gewerkschaftsbundes beschließt, deutschen Ruhrarbeitern fünfhunderttausend Pud Brot zu übersenden.

Die ham Angst . . .

Von Spiegel.

Ja, die Volksentscheidbewegung ist den Reaktionären in die Knochen gefahren. Angst und Grauen erfaßt sie, wenn sie an die „große Abrechnung" denken, die ihnen das betrogene Volk zuteil werden lassen wird. Bei Tag und Nacht läßt sie der Gedanke nicht mehr los. Wirre Träume peinigen sie; daß ihnen der Angstschweiß aus allen Poren tritt. Im Geiste sehen sie das Millionenheer der Betrogenen anmarschieren — die Kriegskrüppel und Hinterbliebenen („Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!"), die Opfer der Arbeit und die Inflationsopfer. Der Aufwertungsschwindel macht ihnen dabei besondere Kopfschmerzen, haben sie doch Millionen der Aermsten niederträchtig betrogen. Na: der Dank des **Volkes ist ihnen** jetzt gewiß! Verzweifelte Anstrengungen machen die Reaktionäre, um das drohende Unheil von sich und ihrem „August" abzuwenden. Eifrig ist man auf der Suche nach Bundesgenossen und Lakaien. Hilfsbereit kommt ihnen „unsere" sächsische Regierung zu Hilfe. Der Vertrag mit August besteht „zu Recht, wir haben kein Interesse am Volksentscheid", läßt sie erklären. Auch ihr ist der Dank des Volkes gewiß! Aber auch die faschistischen Verbände brauchen Arbeit. Mit dem „Abkillen" ist's zurzeit nichts, also verwende man diese Leutchen zum Abkratzen der Bekanntmachungen zum Volksentscheid. Auch hier haben sie Pech! Hatten die Faschisten früher bei dieser Arbeit Unterstützung bei vielen Volksgenossen gefunden, denn es ging doch gegen die „menschenfressenden" Bolschewisten, so erleiden sie jetzt eine Abfuhr nach der anderen. Wehe dem Abkratzer, der sich erwischen läßt! . . . Ob jung oder alt, ob Mann, ob Frau, alle wachen sie darüber, daß die Plakate hängen bleiben. Und ist wirklich ein Plakat etwas beschädigt oder locker, dann finden sich schnell hilfsbereite Hände, die es sorgfältig festmachen.

So war es auf der Flemmingstraße, wo ein Plakat angerissen war. Ein altes Mütterchen machte es sorgfältig fest, fast zärtlich glättete sie die wundgerissene Stelle. „Die ham Angst, sonst täten sie die Bekanntmachungen nicht abreißen!" meinte sie zu den Umstehenden. Und dann las sie halblaut vor:

„Jeder Mann und jede Frau haben die politische Pflicht, sich einzuzeichnen!"

Die Betriebsdelegation der städtischen Arbeiter im Rathaus

Die Delegation der städtischen Arbeiter, die die Belegschaften des Gaswerkes, Elektrizitätswerkes, des Tiefbauamts, der Straßenbahn und des Krankenhauses vertrat und am Dienstag beim Stadtverordnetenvorsteher vorstellig wurde, forderte die sofortige Beratung der Anträge betr. das Ortsgesetz über Ruhelohnordnung und über gemischte Ausschüsse, die Regelung der Arbeitszeit in den Krankenhäusern und die Rückzahlung der Vorschüsse an die städtischen Arbeiter.

Jetzsche wagte es natürlich nicht, dieser Delegation die Tür zu weisen, und mußte sogar versprechen, die möglichst schnellste Beratung durchzudrücken.

Eine Erklärung des Genossen Stadtrat Schneider

Bei den von den Bürgerlichen provozierten tumultarischen Vorgängen in der Montagssitzung der Stadtverordneten hatte der Vorsteher sich bemüßigt gefühlt, Ordnungsrufe en masse an die Linke auszuteilen. Während Herr Stadtrat Dr. Krumbiegel in aller Ruhe seine Fraktionskollegen zu immer schärferem Vorgehen aufhetzen konnte, rief der „unparteiische" Vorsteher unseren Genossen Stadtrat Schneider zur Ordnung. Genosse Schneider versuchte schon damals vergeblich eine Erklärung abzugeben. Auch in der letzten Sitzung war dies wegen des vorzeitigen Abbruches unmöglich. Wir bringen deshalb dieselbe nunmehr vor der Abgabe im Plenum:

Erklärung.

Vom Herrn Stadtverordneten-Vorsteher bin ich in der Sitzung vom 1. März zur Ordnung gerufen worden, weil ich angeblich den Stadtverordneten Fischer als Lügner hingestellt hätte.

Ich erkläre hiermit, daß ich keinen Stadtverordneten Lügner genannt habe, sondern durch meinen Zwischenruf „bürgerliche Lügner" habe ich das Verhalten der bürgerlichen Parteien gemeint, die durch ihre Erklärungen im Plenum, welche im Widerspruch mit den gemachten Ausführungen in der Fraktionsführerbesprechung stehen, den Wahrheitsbeweis für meine Ausführung erbracht haben.

Das Studium des Schlafes

Durch bürgerliche Blätter ging kürzlich folgende Notiz:

Das Studium des Schlafes ist die Aufgabe von 12 jungen Studenten, die sich dem Carnegie-Institut in Pittsburg zur Verfügung gestellt haben. Sie schlafen in Betten mit besonderen Einrichtungen und Instrumenten, die jeden Vorgang während des Schlafes registrieren. Man will auf diese Weise in vielleicht jahrelanger Forschung feststellen, wie der Schlaf beschaffen ist, wie man erfahren kann, was ihm förderlich und was ihm schädlich ist und wie lange er dauern muß, wenn er Menschen von größtem Nutzen sein soll. Auch die bestmögliche Ausstattung des Bettes ist Gegenstand der Forschung.

Der harmlose Durchschnittsleser wird erbaut sein von der Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit, mit welcher die hohe Gelehrtenwelt an die Lösung dieser Frage herangeht. Auf Grund unserer Erfahrungen, die wir mit der Wissenschaft bei der Beurteilung des Nährwertes der Kohlrüben usw. gemacht haben, können wir uns das Ergebnis dieser Forschungen annähernd vorstellen: der kürzeste Schlaf nach längster Arbeit bei möglichst leerem Magen auf harter Pritsche wird der dem — Arbeiter zuträglichste sein. Oder könnte es die Wissenschaft wagen, entgegen den Wünschen und Praktiken ihrer Auftraggeber das Gegenteil festzustellen?

Volksbegehren. Die Frist zum Eintragen in die Listen für das unter dem Kennwort „Enteignung der Fürstenvermögen" zugelassene Volksbegehren beginnt heute **Donnerstag**, den 4. März, und endet mit **Mittwoch**, den 17. März 1926. Die Eintragungsberechtigten können sich nur in der Eintragungsstelle desjenigen Stadtbezirkes eintragen, in dem sie wohnen. Die Eintragungsstellen sind aus der innerhalb der einzelnen Stadtbezirksinspektionen bzw. deren Zweigstellen zu öffentlichem Anschlag gebrachten Bekanntmachung zu ersehen. Zweigstellen kommen für die Ortsteile Leubnitz-Neuostra, Torna, Prohlis, Tolkewitz, Altgruna, Seidnitz, Coschütz, Laubegast und Klein-Zschachwitz in Frage. Die Eintragungslisten liegen Werktags von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, und an den Sonntagen von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags aus. Das Recht zur Eintragung in die Listen für das Volksbegehren steht allen Personen zu, die das 20. Lebensjahr erfüllt haben, im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit sind und zur Zeit der Eintragungsfrist in Dresden wohnen, soweit nicht ein gesetzlicher Ausschließungsgrund vorliegt.

Fabrikbrand. Der Wächter Nr. 75 der Dresdner Wach- und Schließgesellschaft entdeckte in der Dienstagnacht auf seinem Rundgang auf einem Fabrikhof in Laubegast einen Brand. Er alarmierte sofort die Feuerwehr und bemühte sich, bis zu deren Eintreffen das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Verloren. Folgende Mitgliedskarten sind verloren gegangen und gelten als gesperrt: RFB. Nr. 9257, KJ. Nr. 17 078, beide auf den Namen Helmut Busse lautend.

Nachtwagen der Straßenbahnlinie 5. In der Nacht vom Donnerstag, den 4., zum Freitag, den 5. März verkehren von 1 Uhr an die Nachtwagen nur bis Alaunplatz.

Morgenfeier in der Volkshochschule. Sonntag, den 7. März, vormittags 11 Uhr in der Aula der Kreuzschule, Georgplatz 6, I, veranstaltet die Volkshochschule eine Morgenfeier, welche die Reihe „Aus alten Liedern der Völker" fortsetzen und der finnischen Dichtung gewidmet sein wird. Nach einleitenden Worten von Dr. Felix Zimmermann wird Lore Lerman Stücke aus dem alten Nationalepos Kalewala und den Ochsen Thomas von Kivi vortragen. Trude Meyer-Spletz wird Klavierstücke von Sibelius, Palmgren, Merikanto, Launeus und Kaiti spielen. Eintritt für Mitglieder 0,50 RM., für Nichtmitglieder 1 RM. Vortragsfolgen, die zum Eintritt berechtigen, in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, I, und am Saaleingang.

Soermus spielt:

am Sonnabend den 6. März im „Künstlerhaus", am Mittwoch den 10. März in der „Constantia", Hamburger Straße.

Karten zu haben bei: Ries, Seestraße, Buchhandlung Bender, Waisenhausstraße, Volksbuchhandlung Bellmann, Große Meißner Straße, Buchhandlung Graf, Röhrhofsgasse, Sekretariat der IAH., Güterbahnhofstr. 24, Schokoladengeschäft Blachwitz, Markgraf-Heinrich-Straße, Chemnitzer Textilwarenhaus, Bärensteiner Str. 20, Uhrmacher Hermann, Görlitzer Str. 20, Zigarrengeschäft Simon, Lübecker Straße, Lustbad Cotta, Hebbelstraße, „Brauerhof", Gottfried-Keller-Straße, „Weidentalhof", Weidentaler Straße.

Die Mitglieder der IAH. erhalten gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte im Büreau der IAH. Karten zu ermäßigten Preisen.

Soermus spielt für Kinder am Montag den 8. März im „Künstlerhaus", Grunaer Straße. Beginn nachmittags 3 Uhr. Kinder unter 9 Jahren haben keinen Zutritt. Für die Kinder unserer Mitglieder, Erwerbslosen, Invaliden usw. gibt es gegen Vorzeigung der Ausweise Freikarten.

Aus Ostsachsen

Freital. Der Arbeitsnachweis Freital und Umg. hat neuerdings wiederum einen Versuch gemacht, den Erwerbslosen durch Veranstaltung von Kursen und Vorträgen eine Weiterbildungsmöglichkeit zu bieten. Es sind Kurse in Einheitsstenographie und Maschineschreiben eingerichtet worden, die erfreulicherweise eine rege Beteiligung aufweisen. Für die Erteilung des Unterrichts haben sich Lehrkräfte der öffentlichen höheren Handelslehranstalt zur Verfügung gestellt. Der Unterricht selbst findet auch in den Räumen dieser Lehranstalt statt. Die Beteiligung erstreckt sich in der Hauptsache auf kaufmännische und Behörden-Angestellte, die in den betreffenden Fächern soweit gefördert werden sollen, daß sie den Ansprüchen im Berufe voll gewachsen sind. Neben genügender Ausbildung in Stenographie erlernen sie insbesondere auch die sogenannte Blindschrift, eine Fertigkeit, über welche nur wenige verfügen und die heute die Voraussetzung für manche Anstellung bildet. Bei befriedigenden Erfahrungen sollen weitere Kurse folgen.

Freital. Letztes Soermus-Konzert! Am 8. März findet im „Döhlener Hof" ein letztes Konzert des berühmten russischen Geigers Soermus statt. Unter dem Motto: „Soermus im Kreise seiner Freitaler Lieblinge" wird der russische Geiger ein vollständig neues Programm spielen. Das wird der Abschied auf längere Zeit sein. — Damit aber auch unseren Kindern dieser besondere Kunstgenuß nicht vorenthalten bleibt, veranstaltet die IAH. am Freitag, den 5. März, im Gasthof „Zur frohen Schicht" in Freital nachmittags 3,30 Uhr ein Soermus-Konzert für Schulkinder. Der Eintritt zu diesem Konzert ist für Kinder frei. Freiwillige Spenden werden dankend angenommen. Genossen, schickt alle eure Kinder zu diesem Konzert!

Rockau. Die SPD.-Ortsgruppe Rockau bittet uns um Aufnahme folgender Richtigstellung: In Nr. 41 der „Arbeiterstimme" vom 18. Februar d. J. erschien ein Bericht: Rockau (Wohnungspolitik). Die SPD.-Vertreter als Gemeindeverordnete in Rockau möchten nur hierdurch zur Klärung den Arbeiterkorrespondent B. und seinen Gewährsmann auf einiges aufmerksam machen: 1. Für die in Frage kommende Werkswohnung ist nicht eine Friedensmiete von 700 Mk., sondern von 120 Mk. festgesetzt gewesen. 2. Herr O. Jentzsch hätte seinem Verdienst nach (wöchentlich 50—60 Mk.) die Miete aufbringen können, zumal er in dieser Zeit nicht erwerbslos war. 3. Seine Familie hat nicht zum Teil auf dem Heuboden des Herrn A. Jentzsch schlafen müssen. (Und wenn es der Fall gewesen wäre, dann wäre das Schulwaschhaus von 18 Quadratmeter Fläche und zwei einen Meter breiten Fenstern sicherlich vorübergehend ein besserer Unterkunftsraum gewesen.) 4. Da Herr O. Jentzsch dem Herrn A. Jentzsch gegenüber, der ihn aufgenommen hatte, seinen Verpflichtungen nicht nachkam, hat sogar die Gemeinde letzterem eine Entschädigung von 50 Mk. gewährt. 5. Das Schulwaschhaus wurde nur deshalb als vorläufiger Unterkunftsraum angeboten, weil Familie O. Jentzsch wieder Gefahr lief, von Herrn A. Jentzsch auf die Straße gesetzt zu werden. Die Gründe hierzu sind hinreichend bekannt. 6. Der Vertrag wurde aus dem Prinzip der Ordnung (!) zum Wohle der Gemeinde ausgefertigt. 7. Die SPD.-Vertreter haben sich die denkbar größte Mühe gegeben, der Familie O. Jentzsch Wohnung zu verschaffen, werden aber nunmehr in dieser Angelegenheit keine weiteren Schritte tun. (Merkwürdige Politik der „gekränkten Leberwurst". Die Red.) 8. Es ist wünschenswert, daß der Berichterstatter und sein Gewährsmann mit dem Vertreter der KPD., der als Gemeindeverordneter im hiesigen Gemeindeparlament sitzt, in Verbindung treten und sich — also von ihrer Seite — die wahrheitsgemäßen Unterlagen beschaffen. Die Vertreter der SPD. von Rockau.

Unser Gewährsmann wird darauf mit wahrheitsgemäßen Unterlagen zurückkommen.

Heidenau. Volksbegehren. Zur Durchführung des Eintragungsverfahrens für das Volksbegehren liegen die hierfür vorgesehenen Eintragungslisten in der Zeit vom **4. März bis einschl. 17. März 1926** in folgender Weise aus:

1. a) für die **Stadtteile Heidenau, Mügeln und Gommern** an **jedem Werktage** innerhalb der Auslegungszeit von vorm. 8—12 Uhr und nachm. 2—5 Uhr, an den beiden Sonntagen nur von 8—12 Uhr im Rathaus, Sitzungszimmer, 1 Treppe;
   b) für den **Stadtteil Großsedlitz einschl. des Kammergutes und Schloßbezirks Sedlitz an jedem Werktage** innerhalb der Auslegungszeit von vorm. 8 Uhr bis abends 7 Uhr in der Wohnung des Herrn **Gemeindevorstandes** a. D. Schwarze;
2. a) an den **beiden Sonntagen, am 7. und 14. März 1926**, von vorm. 9 Uhr bis nachm. 3 Uhr in den nachgenannten Wahllokalen der einzelnen Wahlbezirke;
   b) im Wahlbezirk des **Stadtteiles Großsedlitz** einschl. **Kammerguts und Schloßbezirk Sedlitz** außer an den Werktagen nur am **Sonntag, den 7. März 1926**, in der Wohnung des Herrn Gemeindevorstandes a. D. Schwarze.

Es gehören zum **1. Wahlbezirk im Stadtteil Alt-Heidenau** (südlich der Bahn): Bischofstr., Dürerstr., Erich-Harlan-Str., Friedrichstr., Georgstr., Hauptstr. von Nr. 57—103 (Schluß), Karl-Marx-Str., Mittelsteig, Querstr., Sedlitzer Str., Uhlandstr., Viktoriastr., Waldstr. **Eintragungslokal:** Pestalozzischule. — **2. Wahlbezirk im Stadtteil Alt-Heidenau:** Dohnaer Straße, Gabelsbergerstr., Hauptstr. von 2—56, Johannisstr., Körnerstr., Margaretenstr., Martin-Luther-Str., Schillerplatz, Schillerstraße. **Eintragungslokal: Pestalozzischule.** — **3. Wahlbezirk im Stadtteil Alt-Heidenau** (nördlich der Bahn): Albertstraße, Carolastr., Johannstr., Pirnaer Str., Schmiedestr., einschl. der Elbstr. **Eintragungslokal:** Ratskeller. — **4. Wahlbezirk im Stadtteil Mügeln:** Bahnhofstr. 23—38, Dresdner Str. 1—65, Heinrichstr., Kantstr., Mühlenstr., Nordstr., Obergraben, Pillnitzer Str., Rathausstr., Wiesenstr., Elbstr. **Eintragungslokal:** Goetheschule. — **5. Wahlbezirk im Stadtteil Mügeln:** Bismarckstraße 1—11 (Schluß), Häckelstr., Bahnhofstr. 3—15, Ringstr. **Eintragungslokal:** Goetheschule. — **6. Wahlbezirk im Stadtteil Mügeln:** Friedensstr., Dresdner Str. 67—105, Fichtestr., Beumannstraße, Kreuzstr., Mittelstr., Moltkestr., Königstr. 1—32. **Eintragungslokal:** Goetheschule. — **7. Wahlbezirk im Stadtteil Mügeln:** Feldstr., Ferdinandstr., Güterbahnhofstr. 1 bis mit 24, 26 und 28 (die übrigen Grundstücke gehören zum Stadtteil Gommern), Königstr. 33—80, Heinestr., Marktstr., Meuschaer Weg, Mühlgraben, Teichstr. **Eintragungslokal:** Goetheschule. — **8. Wahlbezirk im Stadtteil Gommern:** Bergstraße, Dorfplatz, Gartenstr., Großlugaer Str., **Güterbahnhofstr.** 27, 29, 30—40, Kirchweg, Lockwitzer Str., Lindenstr., Lugturmstr. Lützschauer., Rosenstr., Sporbitzer Str., **Weststr., Wölkauer Str. Eintragungslokal:** Ludwig-Richter-Schule. — **9. Wahlbezirk im Stadtteil Großsedlitz:** Hierzu gehören alle im Stadtteil Großsedlitz und Kammergut sowie Schloßbezirk Sedlitz liegenden Grundstücke. **Eintragungslokal:** Wohnung des Herrn Gemeindevorstandes a. D. Schwarze.

Zur Eintragung ist nur zugelassen, **wer in der Wahlkartei steht oder wer einen Eintragungsschein hat.** Jeder Eintragungsberechtigte darf nur sich selbst, **nicht etwa auch** die Namen von Familienangehörigen oder anderen Personen in die Eintragungsliste eintragen. Verheiratete und verheiratet gewesene Frauen müssen auch ihren Geburtsnamen mit einschreiben.

Heidenau. Die Lehrerschaft der Goetheschule veranstaltet am Freitag, den 5. März, **abends 8 Uhr im Festsaale** der Goetheschule zugunsten des **Flügelfonds einen Kunstabend.** Als Ausführende sind wieder zwei Künstler, Vortragsmeister Ludwig Flechner und Konzertpianist **Willy Wolff**, Lehrer an der hiesigen Goetheschule, gewonnen worden. Als Mitwirkende wird ferner die Konzertsängerin **Hanni Schöler erstmalig in Heidenau** auftreten. Es wird im Interesse der guten Sache gebeten, die Veranstaltung recht zahlreich zu besuchen.

Pirna. Seine Zeitungstasche verloren hat der Genosse Schubert, Pirna. **Brieftasche mit 8 Quittungen vom Dezember, sowie 5 vom Januar und 24 vom Februar** befanden sich darin. Finder wird gebeten, selbige Moltkestr. 3, Hb. 1. Et. abgeben zu wollen.

Pirna. Berichtigung. In der Aufstellung „Keinen Pfennig den Fürsten" ist unter Pirna 160 angegeben, in Wirklichkeit müßte es 1600 heißen. Die Genossen in Pirna haben bereits bis jetzt 2700 Broschüren umgesetzt.

Bautzen. Das **Weltpanorama** zeigt jetzt die malerische fränkische Schweiz in 50 Bildern. Die Raubritter, Vorfahren der heute „hungernden Fürsten", haben auf den Felsen und Bergen ihre zahlreichen Raubnester errichtet. Die Ruinen der Burgen und Schlösser sind noch heute die Zeugen der „edlen Taten" blaublütiger Helden. Die Burgen waren der Inbegriff alles Schrecklichen für die bäuerlichen Massen. Namen wie Egloffstein, Wolfsberg, Wichsenstein, Streitberg, Gößweinstein, Rabeneck und Pottenstein sind zum Teil durch die Literatur bekannt als die Schauplätze blutigster Kämpfe zwischen Volk und Fürsten. Das Programm kann empfohlen werden.

Vom Tage

Pflichttreue. Auf der Kipsdorfer Kleinbahn ereignete sich vor einigen Tagen ein Maschinendefekt. Der Lokomotivführer Endler war genötigt, von der Maschine abzuspringen. Da er aber vorher noch verschiedene Handgriffe an der Maschine vornahm, um ein größeres Unglück zu verhüten, zog er sich schwere Verbrühungen zu.

Von Sandmassen erdrückt. Der 15 Jahre alte Lehrling Artur Löwicke aus Rüdersdorf war Sonnabend beschäftigt, in einer Baugrube Senkungsarbeiten vorzunehmen. Um einen Betonring in der 2,70 Meter tiefen Grube zu befestigen, bückte er sich, doch in diesem Augenblick gab das mangelhaft abgesteifte Erdreich nach und L. wurde vollständig verschüttet. Mit großer Mühe gelang es endlich, den Verunglückten zu bergen, doch war der Tod durch Eindrücken des Brustkastens bereits eingetreten.

Selbstmord des Fliegers Otto.

In München wurde der Direktor der Otto-Werke erschossen in der Badewanne seiner Wohnung aufgefunden. Er hat seinem Leben aus finanziellen Sorgen ein Ende gemacht.

Großer Fabrikbrand in Berlin

Gestern früh brach in einer Baumaterialien-Fabrik in der Nähe des Alexanderplatzes ein Großfeuer aus, das das gesamte Lager und einen Stapel Baubeschläge vernichtete. Bei den schwierigen Löscharbeiten mußte ein Feuerwehrmann wegen schwerer Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht werden. 5 Löschzüge arbeiten an der Brandstelle.

Rundfunk

Freitag, den 5. März:

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,10—10,15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächs. Verkehrsverbandes. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4—4,45 und 5—5,30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6,30—7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7—7,30 Uhr: Vortrag: Direktor Voß, stellvertretender Vorstand des Leipziger Meßamtes: „Das vorläufige Ergebnis der Leipziger Messe". — Uebertragung aus dem Deutschen Nationaltheater Weimar: 7,30 Uhr: Der Wildschütz. Anschließend (etwa 10,45 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst.

Voraussichtliche Witterung am 5. März (Freitag). Kühler, wolkig, zeitweise heiter, windig, Niederschläge, vielfach als Schnee.

6. März (Sonnabend). Kühl, früh nahe Null, abwechselnd heiter und wolkig, etwas Niederschläge, vielfach als Schnee.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale, Dresden
Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

SLUB
Wir führen Wissen.

Die Diskussion zum Bericht der Exekutive

Sechste Sitzung

Die sechste Sitzung des Erweiterten EKKJ. begann am 24. Februar, vormittags, unter dem Vorsitz Geschkes.

Pepper:

Die bisherige Diskussion beschränkte sich ziemlich einseitig auf die innerparteiliche Lage. Das Wesen der Abweichungen besteht in den Fehlern bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik, diese hängen jedoch mit der Unsicherheit der Analyse der Weltlage zusammen. Die Analyse Bordigas: Hier Sowjetrußland, da die kapitalistische Welt, ist äußerst schematisch und falsch; hieraus folgt eine falsche Taktik.

Die zusammenfassende Parole der Thesen auf Grund der Analyse der Weltlage ist: Vereinigte Staaten des sozialistischen Europas. Dieser Parole stehen viele Genossen skeptisch gegenüber, sie erinnern an die Argumente Lenins im Jahre 1915. Damals waren jedoch sowohl der Inhalt der Parole als die Weltlage andere. Damals bedeutete die Losung: Vereinigung der europäischen Staaten auf bürgerlich-republikanischer Grundlage durch den Sturz der Monarchien, heute bedeutet sie eine sozialistische Vereinigung. Kennzeichnend für die heutige Lage ist die ökonomische Vorherrschaft Amerikas und der wachsende Gegensatz zwischen Europa und Amerika. Hierzu führen die Konzentration und Akkumulation des amerikanischen Kapitals, die Säuberung der Republikanischen Partei Amerikas von den kleinbürgerlichen Elementen und das offizielle Fallenlassen der Antitrustsache durch die Republikaner, ferner die Tendenz zum [illegible] der Hochschutzzoll-Politik und zum Ausbau der Verbindungen mit Europa, wobei die Farmer und wachsenden Rentnerschichten Verbündete des Finanzkapitals sind.

Gegenüber dem früheren Sichabschließen von Europa stellt jetzt das amerikanische Kapital politische und ökonomische Bedingungen auf; so fordert es von Belgien einen Armeeabbau. Locarno war ein Versuch nicht nur zur Schaffung eines Blocks gegen die Sowjetunion und auch ein Versuch Amerikas zur Sicherung seiner Anleihen, sondern auch ein Versuch zur Schaffung eines Blockes der Schuldnerstaaten gegen Amerika unter englischer Führung.

Aus den wachsenden Gegensätzen zwischen Europa und Amerika entsteht eine gewisse Parallelität der Interessen der Sowjetunion mit denen Europas, andererseits eine gewisse Parallelität der Interessen der Sowjetunion mit denen Amerikas, wie in China, Mossul usw. Natürlich sind dabei die Motive verschieden. Während die sowjetrussische Mossul-Politik die junge revolutionäre Türkei gegen den englischen Imperialismus schützt, verteidigt Amerika aus imperialistischen Gründen das Mossul-Petroleum vor England.

Redner analysiert ausführlich den Unterschied der Parole der Vereinigten Staaten Europas im Jahre 1915 und jetzt. Die damaligen Argumente Lenins gegen die Losung waren vollkommen richtig. Damals richtete sich die Losung objektiv gegen Amerika und gegen den jungen amerikanischen und japanischen Kapitalismus. Heute gehört die Hegemonie nicht mehr Europa, sondern Amerika. Damals bedeutete die Losung die Leugnung der Möglichkeit des Sieges der Revolution in einem einzelnen Land, heute besteht aber die Sowjetunion. Mit der Losung können und müssen wir heute die Losung des Bündnisses mit den Kolonien und mit der Sowjetunion verbinden. Wir müssen nicht nur die schwindelhaft pazifistische Losung „Paneuropa" entlarven, sondern eine positive Losung herausgeben.

Damit hängt es zusammen, welche Aufgabe sich die amerikanische Kommunistische Partei stellen muß. Die Hauptaufgabe der amerikanischen Partei ist, zu den Massen eine Brücke zu schlagen. Diese Brücken sind: die Linksbewegung in der Labour Party, die Organisierung der ungelernten Arbeiter, die Führung der Wahlkampagnen, die Aufstellung einer Plattform des kombinierten Kampfes gegen die Staatsgewalt und das Trustkapital, der Kampf gegen den Imperialismus. Eine wichtige Aufgabe ist die Verlegung des Schwergewichtes der Partei von der Leicht- auf die Schwerindustrie. Die zentrale Parole vom Standpunkt der Arbeitseinteilung in der Komintern muß sein das Bündnis mit den unterdrückten Völkern Lateinisch-Amerikas, das künftig die Rolle Kantons im fernen Westen spielt. Endlich müssen die Kommunisten der reformistischen „Arbeiter-Monroedoktrin", der Abschließung des amerikanischen Kontinentes von der revolutionären Propaganda, die Parole: „Offene Tür für die revolutionäre Propaganda!" entgegensetzen.

Stephanski (Polen):

Erklärt sich mit den Worten Sinowjews über die revolutionären Möglichkeiten in Polen einverstanden. Die neuen Erscheinungen stellen die Partei vor große Aufgaben. Der Faschismus erstarkte und ging zu einer offenen Massenagitation über, er leitet sogar Gewerkschaften. Andererseits erstarkt die Linksentwicklung in der Arbeiterbewegung. Durch die Koalitionspolitik bildet sich ein linker Flügel der SPP. heraus, was bei einer richtigen Politik der KPP. zur Loslösung großer Arbeitermassen von der Sozialdemokratie führen kann. Unter dem Druck der Massen stimmten in der letzten Sitzung der Gewerkschaftsleitung nicht nur die Banditen, sondern auch rechte Eisenbahner- und Bergarbeiterführer für die Linksvorschläge. Die Kulaki (reichen Bauern) gehen rechts, alle anderen Schichten links. Die vor zwei Jahren herausgegebene kommunistische Parole der entschädigungslosen Enteignung der Gutsbesitzer ist zur Losung großer Bauernschichten geworden.

Die 4. Konferenz der KP. liquidierte die ultralinke Krise. Die Ultralinken haben viele große Fehler gemacht. Domski warf schon 1923 der russischen Partei Opportunismus vor, und als die Ultralinken Einfluß auf die Parteiführung gewannen, folgte die Loslösung von den Massen, die Nichtanwendung der Einheitsfronttaktik, eine sinnlose Revolutionsgymnastik ohne Beteiligung der Massen und die Abstoßung der sozialdemokratischen Arbeiter.

Obwohl ultralinke Tendenzen noch vorhanden sind, ist die Krise bereits überwunden. Die Lage der Partei ist günstig. In Kalisch ist es vorgekommen, daß die Soldaten auf die Arbeiter nicht schießen wollten. Die Partei ist dennoch ungenügend aktiv, daher kam der Dombrowaer Eisenbahnerstreik überraschend, was die Auswirkung der ultralinken Politik, eine Loslösung von den Massen war. Die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe können die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung aufrollen, jedoch ist auch eine Atempause der Bourgeoisie, durch die imperialistische Anleihe bei sehr schweren Bedingungen, möglich. Andererseits ist ein Machtkampf des Faschismus möglich. Die wichtigste Aufgabe ist die Loslösung der Massen von der Sozialdemokratie, wozu die Voraussetzungen jetzt besser sind denn je.

Ruth Fischer:

„Ich bin mit den Thesen und dem Referat Sinowjews völlig einverstanden. Der Kampf muß gegen rechts und ultralinks gleichzeitig geführt werden. Die ultralinken Stimmungen können, wenn sie nicht besiegt werden, zur Passivität, zur Liquidierung der Partei, zu einer Katastrophe führen. Es besteht aber auch eine internationale Rechtsgefahr. Ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter, die durch den Strom der Revolution in die KP. getrieben worden sind, streben zur Sozialdemokratie zurück. (Das Gegenteil ist richtig, die SPD.-Arbeiter streben zur KPD. Die Red.) Die Rechten, die sich auf gewesene Sozialdemokraten und auf die Arbeiteraristokratie stützen, stehen in der Krise Ruhe und warten, bis die linke Flut abflaut. Die Lösung der deutschen Frage ist eine der entscheidensten Fragen des Plenums.

Die Geschichte der deutschen Partei besteht aus Schwankungen zwischen ultralinks und rechts. Nach Frankfurt bedeutete der Berliner Parteitag eine Wendung, leider nur eine halbe Wendung. Deshalb war der EKKJ.-Brief notwendig, politisch vollkommen richtig. Der EKKJ.-Brief bejammert auch richtig, daß nicht die deutsche Linke bankerott ist, sondern nur einige linke Führer. (Zwischenruf: „Du und Maslow!") Die Linke machte einen ungeheuren Fehler, als sie in Frankfurt keine ehrliche Bilanz zog. (Zwischenruf: „Statt Bilanz doppelte Buchführung!") Sie versäumte es, die ultralinken Fehler in der Gewerkschaftsfrage und in der Einheitsfrontfrage zu bekämpfen. Sie lehnte die Einheitsfronttaktik nicht ab, bekämpfte aber nicht die Stimmung der Parteimehrheit gegen die Einheitsfront.

Das EKKJ. hatte recht, als es in Frankfurt vor den ultralinken Fehlern warnte. Maslow drängte schon im September zur Aenderung der Taktik, um die Partei aus der Isolierung herauszuführen, aber in der Befürchtung des Mißtrauens der Parteimassen taten wir das nicht. (Zwischenruf: „Schon wieder sind die Arbeiter schuld!") Nach den Reichstagswahlen im Dezember machten wir eine halbe Wendung, aber wir bekämpften auch damals nicht die ultralinken Strömungen offen. Die Hindenburg-Wahlen zeigten, daß wir den Kurs korrigieren müssen und damals fielen wir in der Einheitsfrontfrage und in der Volksblockfrage in neue schwere Rechtsfehler, wodurch wir die offene Rebellion der Ultralinken hervorriefen.

Damals führten wir den Kampf gegen ultralinks mechanisch und administrativ, auf dem Berliner Parteitag haben wir die Gegensätze verschmiert, machten aus Frankfurt eine Heiligenlegende. Deshalb war der EKKJ.-Brief eine rettende, reinigende Tat, deshalb unterschrieb ich den EKKJ.-Brief. Der EKKJ.-Brief wies nach zwei Jahren schwerer Fehler den Weg. Deshalb wollte ich die Beschlüsse des EKKJ.-Briefes selbst durchführen, um die Partei vor Erschütterungen zu bewahren. (Lebhafte Heiterkeit.) Deshalb bat ich die Zentrale, den EKKJ.-Brief in Berlin durchzuführen, aber die Zentrale zog es vor, die Berliner Bezirksleitung administrativ zu erledigen. Der EKKJ.-Brief hatte aber auch schlechte Wirkungen und die Zentrale versäumte, dieselben zu regulieren. Daraus ist es erklärlich, daß mit Katz auch gute Arbeiter ausgeschlossen wurden.

Die Partei hat jetzt große objektive Möglichkeiten. Die Dawes-Illusionen zerflatterten. (Zwischenruf: „Du auch!") Wir müssen verhindern, daß in Sachsen schlimme Traditionen der Einheitsfronttaktik wieder aufleben. Es bedeutet eine große Gefahr, daß die rechte Fraktion nicht liquidiert ist und daß die ultralinke Fraktion besteht. Man muß von rechts und links die besten Elemente an die Führung heranziehen. Ueber die gegenwärtige Lage bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Wir müssen die Einheitsfronttaktik ohne Illusionen über den Charakter der SPD. fortsetzen. Die Politik des Volksentscheids war richtig. Was den innerpolitischen Kurs anbelangt, so können die Ultralinken bekämpft werden, falls die Rechten bekämpft werden.

*

Die siebente Sitzung des Erweiterten EKKJ. wurde am 4. Februar abends unter dem Vorsitz Smerals eröffnet.

Rosenberg:

Bisher haben wir zwei große prinzipielle Reden gehört: die Sinowjews und Bordigas. Die Rede Ruth Fischers war dagegen ohne Prinzipien. Die ernsthafte Rede Bordigas machte starken Eindruck, sie enthielt in ihrer Gesamtheit manches Richtige, jedoch die metaphysische Theorie Bordigas ist für die Arbeiterbewegung unverwendbar. Die rechten Abweichungen sind nicht metaphysisch, sondern durch konkrete Politik besiegbar. Eine zu falsche Revolutionsperspektive ist kein Verbrechen, aber die richtige Perspektive ist besser. Wir dürfen die tatsächlich vorhandenen imperialistischen Differenzen, wie der englisch-amerikanische Gummi-Gegensatz usw. nicht übertreiben. Im Falle einer neuen Krise wird Amerika alles aufbieten, um die investierten Kapitalien vor der Erschütterung der Revolution zu schützen.

Die Einheitslosung ist richtig, jedoch muß die formale Fragestellung mit sachlichem Inhalt gefüllt werden. Wir müssen praktische Vorschläge für die bevorstehenden großen Bergarbeiter- und Metallarbeiterkämpfe in Europa machen. Es ist eine europäische Arbeiter-Wirtschaftskonferenz notwendig, um sachlich die Wirtschaftslage und das Verhältnis der europäischen Arbeiter zu denen der Sowjetunion zu beraten. Die Bauernfrage wurde hier bisher wenig behandelt. Wir müssen unter der Hegemonie des Proletariats an die Mittelschichten herankommen, was bei der Fürstenabfindungskampagne gelungen ist. Die Ausarbeitung ausführlicher Aktionsprogramme im internationalen Maßstabe ist nötig: ein Programm für jetzt, ein anderes für die Zeit unmittelbar nach der Machteroberung. Die Erwerbslosigkeit ruft anarchistische, KAPDistische Abweichungen und die Stabilisierung der rechten Abweichungen hervor, auch innerhalb der Partei.

Die rechten Abweichungen äußern sich in der Auffassung der Gewerkschaftstaktik, daß selbständige wirtschaftliche Forderungen der Partei unerlaubt sind. KAPDistische Tendenzen kommen häufig bei den ultralinken Elementen vor. Weder die rechten noch die ultralinken Abweichungen sind jedoch die größte Gefahr, da sie durch eine gute Politik unüberwindbar sind. Es ist aber eine Gefahr, wenn Gruppen in der Partei vorhanden sind, die ihre Anschauungen alle vierzehn Tage ändern, wie Ruth Fischer. Ruth Fischer ist nicht berechtigt, im linken Gewand aufzutreten, da sie mit der Volksblocktheorie die schlimmste rechte Abweichung beging.

Die Opposition darf kein Sport sein. Wenn wir sehen, daß die Zentrale auf Grund richtiger Prinzipien arbeitet und die mit der Fürstenabfindung begonnene Linie fortsetzt, werden wir sie mit voller Kraft unterstützen. Der größte Fehler unserer Gruppe war: die nicht rechtzeitige Liquidierung der Fraktion nach dem Frankfurter Parteitag. Die bodenständige Politik, die Verbindung der Führer mit den Massen, der Kampf gegen den Brandlerismus, den die Partei niemals, weder politisch noch organisatorisch, vertragen kann, die gegenseitige Aufrichtigkeit, der Schluß mit der doppelten Buchführung und die sachliche Zusammenarbeit werden die Partei vorwärts bringen.

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

Der eiserne Strom

Roman aus der russischen Revolution 1917.

Von A. Serafimowitsch

(50. Fortsetzung)

Alle, so viele es ihrer gab, packten, was ihnen unter die Hände geriet — einen Stock, ein Kummet, einen Rock, ein Bettbündel, die Verwundeten ergriffen ihre Krücken — und alle fuchtelten damit in einem Anfall von Verzweiflung in der Luft, stürzten sich dem Tode entgegen.

„To—o—d! . . . To—o—d! . . ."

Kinder klammerten sich an die Röcke der Mütter, rannten ihnen aus Leibeskräften nach und schrien mit ihren dünnen Stimmchen:

„To—o—d! . . . To—o—d! . . ."

Die galoppierenden Kosaken, die unerbittlich aufblinkende Säbel fest umklammert, erblickten im Dunst der sich herabsenkenden Nacht zahllose Reihen von Schützenketten vor sich, die sich, einem Ozean gleich, gegen sie wälzten, mit schräg erhobenen Gewehren und schwarz wehenden Fahnen — begleitet von dem einen tierhaft herausgebrüllten Ruf:

„To—o—d! . . ."

Unwillkürlich, ohne jedes Kommando, strafften sich die Zügel, mit aufgeworfenen Köpfen fielen die Pferde auf die Hinterbeine und blieben stehen. Die Kosaken verstummten, richteten sich auf den Steigbügeln auf, blickten scharf auf die schwarz heranrollenden Reihen. Sie kannten den Brauch dieser Satanskinder — ohne einen einzigen Schuß dicht heranzukommen, um Brust an Brust sich in wilder Wut über den Feind zu stürzen. So war es, seit sie von den Bergen gekommen sind, oft genug waren sie des nachts wie stumme Teufel vor den Schützengräben der Kosaken aufgetaucht — viele Kosaken sind in ihrer Heimatsteppe liegen geblieben.

Und hinter den Wagen, hinter den zahllosen Feuern, wo die Kosaken hilflose Haufen von unbewaffneten Greisen, Weibern und Kindern vermuteten, kamen immer neue Massen von Truppen herangestürmt, die dunkle Nacht mit dem furchtbar drohenden Gebrüll erfüllend:

„To—o—d! . . . To—o—d! . . ."

Und als die Kosaken sahen, daß der Zustrom von feindlichen Massen schier kein Ende nehme, rissen sie die Pferde herum, hieben auf sie ein und sprengten in wilder Karriere davon. Man hörte die Sträucher und die Bäume im Wald krachen.

Die vordersten Reihen der Laufenden blieben endlich mit Todesschweiß auf dem Gesicht stehen. Schwarz gähnte vor ihnen der öde, menschenleere Wald.

36.

Den vierten Tag dröhnen die Geschütze, und die Patrouillen melden: ein neuer General sei mit Kavallerie, Infanterie und Artillerie zum Feinde gestoßen. In der Beratung der Kommandeure wurde in dieser Nacht beschlossen, sich durchzuschlagen und weiterzumarschieren, ohne die letzten Kolonnen abzuwarten.

Koschuch gibt den Befehl: das Gewehrfeuer ist, um den Feind zu beruhigen, gegen Abend nach und nach einzustellen. Die Geschütze sind sorgfältig auf die Schützengräben des Feindes einzuschießen und in der Nacht jedes Feuer einzustellen. Die Regimenter sind in zerstreuter Ordnung, sobald es dunkel wird, möglichst dicht an die von dem Feind besetzten Höhen heranzubringen, aber so, daß der Feind dadurch nicht beunruhigt wird. Alle Truppenverschiebungen müssen ein Uhr dreißig beendet sein; ein Uhr fünfunddreißig ist aus allen gegen den Feind gerichteten Geschützen ein Schnellfeuer von je zehn Schuß abzugeben. Mit dem letzten Schuß beginnt zwei Uhr nachts der allgemeine Angriff, die Regimenter stürmen die Schützengräben der Gegner. Das Kavallerie-Regiment bleibt in Reserve — zur Unterstützung der Infanterie und zur Verfolgung des Gegners.

Schwarze, tiefhängende, ungeheure Wolken schoben sich heran und blieben regungslos über der Steppe liegen. Auf beiden Seiten verstummten die Geschütze; sogar das Gewehrfeuer hörte auf — es war seltsam, man hörte wieder den Fluß brausen.

Koschuch horcht in die Dunkelheit hinaus — verdammt! — kein einziger Schuß; während der letzten Tage und Nächte hörte das Geschütz- und Gewehrfeuer keinen Augenblick auf! Sollte der Feind das gleiche beabsichtigen — dann prallen zwei Angriffe gegeneinander — das Moment der Ueberraschung kommt nicht zur Geltung, und beide Angriffe werden aneinander zerschellen.

„Genosse Koschuch! —"

In die Stube trat der Adjutant — hinter ihm zwei Soldaten mit Gewehren und zwischen diesen — ein unbewaffneter kleiner, bleicher Soldat.

„Was ist?"

„Vom Gegner. Ein Brief vom General Pokrowsky."

Koschuchs Blick saugte sich an dem kleinen Soldaten fest — dieser atmete erleichtert auf, griff unter das Hemd und begann zu suchen. Er stotterte:

„Ich bin ein Gefangener — als wir uns zurückzogen, gerieten sieben Mann von uns in Gefangenschaft zu den Weißen — die anderen sechs sind zu Tode gequält —"

Er schwieg eine Weile. Man hörte das Brausen des Flusses. Hinter den Fenstern war es schwarz.

„Hier ist der Brief. General Pokrowsky — hat mich übel heruntergemacht —"

Und fügte verlegen hinzu:

„Und auch Sie, Genosse Kommandeur. Hol ihn der Teufel und jener — sagte er zu mir — da, gib ihm diesen Brief ab."

In Koschuchs Augen spielten Funken, als er mit schlauer, zufriedener Miene die von dem General Pokrowsky selbst geschriebenen Zeilen überflog:

„Du niederträchtiger Hund — hast alle Offiziere der russischen Armee und Flotte geschändet, indem du in die Reihen der Bolschewisten, dieser Diebe, dieses Gesindels getreten bist. Ich erkläre Dir hiermit, Schurke und elender Bandit, daß Dir und Deinen Barfüßlern das Ende bevorsteht: denn weiter wirst Du nicht kommen — Du bist von meinen Truppen und von den Truppen des Generals Helmann umzingelt; wir werden Dich Hundsfott nicht aus der Hand lassen. Wenn Du Begnadigung haben willst, das heißt, wenn Du für Deine niederträchtige Handlung nur mit dem Dienst in einer Strafkompagnie davonkommen willst, dann befehle ich Dir folgendes: heute nacht noch alle Waffen an der Station Beloretschenskaja abzuliefern und die entwaffnete Bande in einer Entfernung von vier bis fünf Kilometern westlich von der Station aufzustellen; sobald dieser Befehl durchgeführt ist, melde es mir sofort nach dem vierten Eisenbahnhäuschen."

Koschuch blickte auf die Uhr und auf die Dunkelheit in den Fenstern. Es war zehn Minuten nach Eins.

„Also deshalb haben sie zu schießen aufgehört: der General wartet auf Antwort," dachte er. Fortwährend kamen Meldungen von den Kommandeuren der Truppenteile — seine Befehle waren überall durchgeführt — die Truppen lagen dicht vor den Stellungen des Feindes.

„Na, das paßt sich gut," sagte Koschuch vor sich hin.

Draußen in der Dunkelheit brach ein hastiger Pferdegalopp in das Rauschen des Flusses. Koschuchs Herz stockte: „Schon wieder etwas los — es bleibt nur noch eine Viertelstunde —"

Man hörte, wie der Mann vom schnaubenden Pferd sprang.

„Genosse Koschuch," sagte der Bote hastig und sich den Schweiß wischend, „die letzten Kolonnen nähern sich —"

Mit blendendem Licht füllte sich die Nacht, die Stellung des Gegners, der General Pokrowsky und sein Brief, die ferne Türkei, wo sein Maschinengewehr Tausende von Menschen niedermähte und wo er, Koschuch, unter Tausenden von Toten heil geblieben war, am Leben geblieben war — um nicht nur seine Leute, sondern auch die Tausende Wehrlosen und den Kosaken ausgelieferten zu retten.

(Fortsetzung folgt.)

Sonntag, den 7. März vormittags 9 Uhr **Massenkundgebung des Dresdner Proletariats** im „Volkswohlsaal" Trabantengasse

Arbeitersport

Fußballsport

Die Gelegenheit, Fußballspielen beizuwohnen, ist jeden Sonntag gegeben. Man kann aber nur in den seltensten Fällen schon vorher dafür garantieren, daß auch der verwöhnte Zuschauer befriedigt den Platz verläßt, da die Spielstärke der Vereinsmannschaften oft eine Veränderung aufweist. Ueber dem Allsonntäglichen steht aber ein Städtespiel, weil sich hier zwei Mannschaften gegenüberstehen, in denen jeder Posten von einem bewährten Spieler des betreffenden Bezirks besetzt ist. Die Spielstärke dieser Mannschaften ist unter den Umständen erklärlich, jedenfalls werden sie immer ein hervorragendes Spiel zeigen.

Am 7. März findet nun das erste diesjährige Städtespiel **Dresden—Chemnitz** statt, das ein Ereignis für Dresden zu werden verspricht, das sich kein Freund des Sportes entgehen lassen sollte. Nicht nur die schon veröffentlichte Mannschaftsaufstellung, die man als gut gelungen bezeichnen kann, sondern auch die Rivalität der beiden sächsischen Städte werden dazu beitragen, das Spiel zu einem Kampf zu formen, der die Zuschauer 90 Minuten völlig in Anspruch nimmt. Das Spiel bedeutet also einen Genuß, darum darf es für alle Sportanhänger kommenden Sonntag nur eine Losung geben: **Auf nach dem DSV.-Stadion, Hepkestraße! Anstoß erfolgt 3.30 Uhr.** Vorher spielen DSV. Knaben—Klotzsche Knaben. Für 2. und 10. Bezirk besteht Spielverbot ab 1 Uhr.

Ein Fußballspiel der „Aucharbeiter"! Nachstehende Zeilen zeigen wieder einmal den echt „bürgerlichen" Kampfgeist des bürgerlichen Sports:

„**Sportklub Moritzburg gegen Sportklub Radeburg.** Beide Fußballmannschaften lieferten sich am Sonntag in Radeburg wieder einmal ein Gesellschaftsspiel. Die vorhergehenden Spiele konnte jedesmal Radeburg siegreich beenden. Dieses Mal konnte aber Moritzburg seinen alten Rivalen ein 5:0 (3:0) aufzwingen. Der Moritzburger Erfolg hatte aber ein übles Nachspiel, hervorgerufen durch die Zuschauer. Aus Wut, Haß und Verzweiflung griff das dortige Publikum zu allen nur denkbar gemeinsten Mitteln. Beleidigende Redensarten, Steinwürfe nach Moritzburgs Tormann und Verteidigung waren noch zu ertragen. Auch das Loslassen von Selbstschüssen von Moritzburgs Tor, sowie das Einwerfen eines zweiten Balles in das Tor, nachdem der Tormann auf dem von ihm gehaltenen lag, konnte die Moritzburger nicht groß stören. Diese Ruhe aber wurde ihnen zum Verderb. Blindlings wurden vom Publikum einige Spieler herausgegriffen und einfach zu verprügeln versucht, was aber nur teilweise gelang. Durch schnelles Hinzuspringen bekam man die erhitzten Gemüter leidlich zur Ruhe. Die Moritzburger sahen sich aber gezwungen, das Spiel kurz vor Schluß abzubrechen. Neun Zehntel der Radeburger Spieler sind wirklich zu bedauern, ein derartiges sportlich undiszipliniertes Publikum zu besitzen, anderen Vereinen zur Warnung, die vielleicht in Radeburg gewinnen wollen. Die Radeburger Zuschauer vertragen eine Niederlage ihrer Mannschaft nicht oder rächen sich in geschilderter Weise."

Nun, ihr Arbeiter im bürgerlichen Lager, erkennt ihr denn noch nicht, in welch skandalöser Weise ihr ausgenützt werdet? Diese „Sport"-Methoden sind das Charakteristische des bürgerlichen Sports. Heraus aus diesen Klubs! Hinein in die Arbeitersportvereine!

Jugendausschuß Bezirk Dresden. Betreffs Schülerspiel am 7. März, Klotzsche Schüler gegen DSV. Schüler, vor dem Städtespiel Dresden gegen Chemnitz, haben sich die Schüler 1.30 Uhr beim Gen. Uhle in der Umkleidekabine auf dem DSV.-Platz zu melden.

Verein für volkstümlichen Wassersport, Gruppe West. Jugendabteilung. Donnerstag, den 11. März, findet 7.30 Uhr im Luftbad Versammlung mit Vortrag des Genossen Fritz Lehmann über „Beruf und Sport" statt.

A.-T.- u. Sp.-V. 2. Bez., 1. Gruppe. Sonnabend, 6. März, 6 Uhr: Lehrstunde für Männerturnen in Löbtau, Herbertstraße. Turnwarte, die Meldung der Kursusteilnehmer nicht vergessen!

Arbeiterkegler! Wer beteiligt sich an einem Kegelklub in Leubnitz-Neuostra? Zuschriften an Rich. Junge, Dr.-Strehlen, Friedrich-August-Platz 11, I.

Verein „Volksgesundheit", Freital. Donnerstag, abends 7.30 Uhr im Restaurant „Stadt Dresden": Vorstandssitzung.

Radler, Radlerinnen Freitals! Besucht zahlreich den am Donnerstag, den 4. März, im kleinen Saal des „Sächs. Wolf" stattfindenden Lichtbildervortrag über die Verkehrsordnung, über die Unfälle und deren Verhütung. In diesem Vortrag soll versucht werden, die Radfahrer mit den Bestimmungen der Verkehrsordnung vertraut zu machen. Der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität" mit seinen 350 000 Mitgliedern, zu dem auch die Ortsgruppe Freital gehört, vertritt die Interessen der Radler und wirkt durch seine Aufklärungstätigkeit für richtige gesundheitliche Ausübung des Radsports, somit auch für Verminderung der Unfälle. Der Bund gewährt seinen Mitgliedern bei Unfällen Rechtsschutz und Unfallunterstützung. Eintritt frei.

Turnverein Niederpesterwitz. Donnerstag, den 4. März, abends 8 Uhr: Monatsversammlung im Restaurant „Bergkeller".

Freie Turn-, Spiel- und Sportvereinigung Ottendorf und Umgegend. Freitag, den 5. März, abends 8 Uhr im Gasthof Ottendorf: Monatsversammlung. Sportgenossen, welche sich beim Pfeiferchor beteiligen wollen, müssen erscheinen.

Turn- und Sportverein „Frischauf" Cunnersdorf. 5. März: Allgemeine Turnstunde, hierauf Versammlung bei Richter.

Sporthaus Klügel, Dresden, Schäferstraße 19
(Geschäftsstelle des Arbeiter-Turnverlags, Leipzig, Fichtestraße 36)
liefert alle
Turn- und Sportbekleidung, Spielgeräte, div. Bälle, Turn- und Sportliteratur, Plakate: Abzeichen

Versammlungskalender

Zellen- und Zellengruppenleiter!

Noch heute wichtiges Material im Sekretariat, Marschallstraße 19, abholen!

Stadtgebiet Zentrum. Sonnabend, den 6. März, abends 8 Uhr: Frauenabend unter Mitwirkung des Arbeiter-Mandolinenvereins „Rigoletto". Lieder zur Laute von Ella Schimpf. Rezitationen. Vortrag der Stadtverordneten Genossin Wettengel: „Die Wohlfahrtspflege und Fürsorge in Dresden und die Dresdner Frauen". Genossen und Genossinnen, sorgt für regen Besuch.

Jung-Spartakusbund, Gruppe Neustadt-Ost, trifft sich Freitag, den 5. März, abends 5.30 Uhr am Fichtenhof, Ecke Johann-Meyer-Straße. Gäste willkommen. Liederbücher mitbringen.

KJ. Leninzirkel Freitag, den 5. März, abends 7.30 Uhr im „Senefelder", Kaulbachstraße. Thema: Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.

KJ. Altstadt. Donnerstag 7.30 Uhr bei Mittel, Fischhofsplatz 14: Gruppenabend. Thema: „Die Märzkämpfe". Gäste sind willkommen.

KJ. Pieschen. Nächster Gruppenabend Donnerstag, den 4. März, im Lokal „Bürgerhof", Bürgerstraße 29. Vortrag: „Kann ein junger Arbeiter noch der Kirche angehören?" Anfang 7.30 Uhr. Gäste willkommen.

Arbeitsgebiet Klotzsche, Hellerau, Rähnitz, Wilschdorf. Nicht Sonnabend, sondern Freitag, den 5. März, abends 7.30 Uhr in der „Hoffnung", Rähnitz. Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Zellengruppen Kaitz und Umg. Alle Funktionäre treffen sich Freitag, den 5. März, 8 Uhr im „Tannenhof", Strehlen. Ref. des Gen. Herold.

KPD. Ortsgruppe Radeberg. Freitag den 5. März, abends 7.30 Uhr Versammlung im Hotel „Deutsches Haus". Vereins: Uhr im „Felsenkeller" Liebethal wichtige Versammlung.

Zellengruppe Jessen, Graupa, Bonnewitz. Heute abend 7.30

KPD. Ortsgruppe Pirna. Alle noch im Umlauf befindlichen Sammellisten zum Volksentscheid sind sofort bei den Zellengruppenkassierern abzurechnen. Letztere rechnen dann beim Ortsgruppenkassierer ab.

KPD. UB. Freiberg. Sonntag, den 7. März, vorm. 9 Uhr findet im Restaurant „Zur Lokomotive" in Freiberg, Humboldtstraße, die Unterbezirkskonferenz statt.

KPD. Großdubrau. Am Sonntag, den 7. März, veranstalten die KPD. und „Rot Front" der Ortsgruppen Großdubrau einen gemeinsamen Landsonntag unter der Parole: „Keinen Pfennig dem Fürstengesindel!" Stellen um 8.30 Uhr am Bahnhof Großdubrau.

KJ. Seifhennersdorf. Freitag, den 5. März, abends 8 Uhr: Gruppenabend im „Gasthaus zur Weintraube". Wichtige Tagesordnung.

Achtung! RFB. Groß-Dresden. Zeitungen abholen.

RFB. Groß-Dresden. Die Abteilungen stellen Sonntag früh zur Demonstration wie folgt: **Abt. 1: 7.30 Uhr „Bürgergarten". Abt. 2: 8.15 Uhr Fischhofsplatz. Abt. 3: 7.30 Uhr Pohlandplatz. Abt. 4 u. 5: 8.15 Uhr Wilhelmsplatz. Abt. 6: 8 Uhr Holbeinplatz. Abt. 7 u. 9: 7.30 Uhr Pohlandplatz. Abt. 8: 7.30 Uhr „Bürgergarten". Hauptstellplatz 9 Uhr Schützenplatz.**

RFB.-Tambourzug Groß-Dresden. Freitag im Übungslokal vollzählig erscheinen.

RFB. Untergau Freital. Alle Gruppen stellen am Freitag, den 5. März, abends 5.45 Uhr am Bahnhof Potschappel zur Abfahrt. Pünktliches Erscheinen.

RFB. Freital. Tambourzug stellt heute abend 5.30 Uhr am Markt Freital-P. Reveille im Stadtteil Freital-P.

RFB. Pirna. Donnerstag, den 4. März, 6.30 Uhr: Sitzung aller Funktionäre. Jeder Kamerad muß sich für Sonntag freihalten zur Landwerbearbeit.

RFB. Radeberg. Freitag den 5. März, abends 7.30 Uhr: Mitgliederversammlung im Hotel „Deutsches Haus". — Sonntag den 7. März um 8 Uhr Stellen auf dem Bahnhof.

RFB. und KJ. Meißen. Freitag, den 5. März, abends 7.30 Uhr im „Schweizerhaus": Wichtige Mitgliederversammlung. Alles pünktlich erscheinen.

Allgemeiner Mieterbewohnerverein, Bezirk Cotta, 2. Unterbezirk. Donnerstag, den 4. März, abends 7.30 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Stadt Dresden", Ockerwitzer Straße. — **Bezirk Striesen, Blasewitz, Tolkewitz und Laubegast.** Freitag, den 5. März, abends 7.30 Uhr: Jahreshauptversammlung im Volkshaus Striesen, Schandauer Straße. Nur Mitglieder haben Zutritt. — **Bezirk Johannstadt.** Sonnabend, den 6. März, abends 7.30 Uhr: Jahreshauptversammlung im Rest. „Zöllnerklause", Zöllner-, Ecke Holbeinstraße.

„Rote Hilfe" Pirna. Vorstand und Funktionäre! Sonnabend, den 6. März, abends 7.30 Uhr: Sitzung im Volkshaus.

Internationaler Bund der Kriegsopfer, Ortsgruppe Weinböhla. Freitag, den 5. März, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung mit Rechtsberatung im „Restaurant zum Bahnhof", Weinböhla.

Freidenker Brand-Erbisdorf. Freitag, den 5. März, abends 8 Uhr im Restaurant „Glücksrad": Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Odrich-Freiberg. Frauen mitbringen. Die Ortsgruppen von Berthelsdorf, Groß-Hartmannsdorf und Langenau werden dazu eingeladen. Vorstandsmitglieder 6.30 Uhr erscheinen.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß heute früh 6 Uhr plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater

Herr Wilhelm Noack

Modelltischler, im Alter von 61 Jahren 6 Monaten sanft verschieden ist.

In tiefer Trauer:
Berta verw. Noack
Familie Paul Bellmann und Kinder

Heidenau, den 3. März 1926.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, d. 6. März, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle Heidenau-Süd statt.

Faust
von Robert Schumann
2 große Konzerte
Sonnabend, 6. März, Krilles Gasthof, Döhlen
Sonnabend, den 13. März, Gasthof Gittersee
Ausführende:
Männer- u. Frauenchöre Potschappel, Burgk, Weißig und Gemischter Chor Freital, unter Mitwirkung der Solisten Ruth Scheibner, Trude Berndt, Fr. Orlich, Martin Otto, Karl Zinnert, Guido Haebler und das Kaufmann-Orchester. Leitung: Herr Fritz Wolf, Dresden
Eintritt inkl. Steuer **1.30** Mark, Erwerbslose gegen Ausweis der Karte **1.00** Mark
Kassenöffnung 7 Uhr Beginn 8 Uhr
Der Ausschuß

Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung
Dresden-Altst., Augsburger, Ecke Jakobistraße
empfiehlt zu wieder sehr günstigen Preisen im
Ausschnitt feine echte **Kernledersohlen**
nach mitgebrachten Modellen, wodurch noch besonders verbilligt

Theater am Wasaplatz
Nur noch kurze Zeit täglich 8 Uhr:
Mein Vetter Eduard
Eine ganz verrückte Geschichte in drei Akten von Fritz Friedmann-Frederich und Arthur Roberts
Spielleitung: Adolph Rodeck.
Vorverkauf im Reka, Invalidendank, Johannstraße 8, und Theaterrestaurant.

Tymians Thalia-Theater Täglich 8 Uhr
Das einzige wirkliche Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Wo kehren die Genossen in Dresden ein??
Im „Liliengarten", Liliengasse 25

Josephinen-Drogerie
Dresden-A., Josephinenstr. 14
Telephon 18037
Beste und billigste Bezugsquelle für Arbeitersamariter u. Betriebssanitäter
Gegen Vorzeigung des Inserates 10% Vorzugsrabatt

Leser
beruft euch bei Einkäufen auf die **„Arbeiterstimme"!**

Bei Kauf ein Anzugs ein. seid. Selbstbinder gratis
Wollt ihr billig kaufen, müßt zu Pimsler laufen
Dort kann man sich noch preiswert und schick in
Herrengarderobe
kleiden.
Schwedenmäntel für Frühjahr äußerst preiswert.
Anzüge hochmodern von 20 Mk. an
Lange u. Breecheshosen von 4 Mk. an
Gummimäntel für Herren und Damen von 12 Mk. an
Windjacken von 8 Mk. an
Entlassungsanzüge von 15 Mk. an
in großer Auswahl
27 Pimsler 27
Dresden-Alt. Landhausstr.
nächst dem Pirnaischen Platz
Sämtliche Straßenbahnlinien
Könnt auch langsam geh'n
Pimsler bleibt besteh'n!
Kunden von auswärts erhalten Fahrtvergütung
Angekaufte Ware wird gleich umgetauscht. Kein Preisaufschlag.
Meine Kreditzahlung bietet erleichterte Zahlungsbedingungen!

Prima Rindfleisch Pfund von 60 Pf. an
ff. Hammelfleisch Pfund von 70 Pf. an
Schweinefleisch Pfund von Mk. 1.00 an
Kalbfleisch Pfund von Mk. 1.10 an
Gewiegtes Pfund von 90 Pf. an
Täglich von 5 Uhr an Warme Würstchen
Sämtliche Wurstwaren in bekannter Güte empfiehlt
Paul Müller, Pirna, Barbiergasse 2

NOACK
Friesengasse 3 · Obergraben 13 · Ziegelstr. 15
Sonderangebot von Kaffee und Zucker

Zucker	Pfd. 0.28	1 Pfd. Mokkamischung u. 1 Pfd. gem. Zucker Reklamepreis nur 3.25
Raffinade	Pfd. 0.30	
Würfelzucker	Pfd. 0.35	
Lompenzucker	Pfd. 0.35	1 Pfd. Guatemalamisch. u. 1 Pfd. gem. Zucker Reklamepreis nur 3.65
Puder-Zucker	Pfd. 0.36	
Schweineschmalz	Pfd. 0.96	
Kokosfett	Pfd. 0.70	1 Pfd. Mexiko-Maragogip u. 1 Pfd. gem. Zucker Reklamepreis nur 4.05
Margarine	Pfd. 0.60	
Fetter Speck	Pfd. 1.10	

Südweine (noch alter bill. Preis)

Tuchhaus Pörschel
Dresden-A., Scheffelstraße Nr. 19
Inhaber: Herm. Erler
Herrenstoffe, Kostümstoffe, Mantelstoffe | Sportstoffe, Futterstoffe, Manchester
Billard-, Pult- und Damentuche

Heinrich Fr. Hofmann
Kolonialwaren- und Feinkosthandlung
(Mitglied der G. D. E. K. B.)
Schäferstr. 47 Fernspr. 28000

Verkaufe:
Ochsenfleisch, frisch . . Pfd. 0,70 Mk.
Gefrierfleisch . . . . . . „ 0,60 „
Gewiegtes . . . . „ 0,90 „
Wurst . . . . „ 1,00 „
Ausgelassenen Talg . „ 0,50 „
Max Ulbricht, Fleischermeister
Heidenau 1, Lüttichaustraße 9

WO? kaufen Sie billige Herren- und Damenstoffe
Tuchgeschäft **J. GRUNBAUM**
Bautzen, Moltkestr. 18, Tel. 896